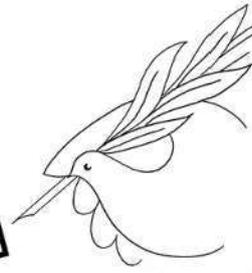


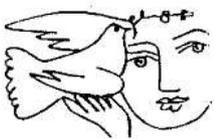
FRIEDENS JOURNAL



„Freiheit, Sicherheit und Wohlstand“ Worum geht es wirklich?



- Trump trifft Putin: Europas Kriegstreiber außen vor
- Europas Wahnsinn mit Ansage
- Rechtsentwicklung, Militarisation, Sozial- und Demokratieabbau
- Massenmord per Sanktionspolitik
- Orwell in Israel: „Humanitäre Stadt“ Gaza



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Sept. – Okt. /Nr. **5**

Editorial

Inhalt	
Trump trifft Putin	3
1,7 Mio. Kriegsofopfer in der Ukraine?	4
Was in Alaska wirklich passiert ist	5
Buchbesprechung: ZeitenWenden	7
Europas Wahnsinn mit Ansage	8
Thesen zum Gipfeltreffen in Alaska	9
Massenmord per Sanktionspolitik	10
UN-Budget und Rüstungsausgaben	11
Rechtsentwicklung, Militarisierung, Sozial- und Demokratieabbau	12
Orwell in Israel: „Humanitäre Stadt Gaza“	14
„Deutschland hilft Gaza“	16
Journalisten-Morde in Gaza / BILD-Zeitung	17
Gaza und die Sprachlosigkeit der Kirche	18
Israelische Menschenrechtsorganisationen	19
Demo am 3.10. / Friedensratschlag 2025	

Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Autoren- und Quellenverweise in der Web-Fassung dieser Ausgabe unter <https://frieden-und-zukunft.de/fj-archiv/>

Karikaturen Seite 3, 8 und 16:
Felix Winter

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26.8.2025

Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Annette Groth, Joachim Guilliard, Lühr Henken,
Werner Ruf, Ewald Ziegler, Karl-Heinz Peil
(V.i.S.d.P.)

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-
Leuschner-Straße 69 -77, 60329 Frankfurt am
Main, e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

Internetausgabe:

auf www.frieden-und-zukunft.de
mit digitalem Archiv ab 2010.
ISSN 2193-9233d

Liebe Leserinnen und Leser,

nach dem NATO-Gipfel Ende Juni erklärte Friedrich Merz zu den dort gefassten Aufrüstungsbeschlüssen: „Wir investieren in das Fundament unserer Freiheit, unserer Sicherheit und unseres Wohlstands“. Ähnliche Aussagen sind in letzter Zeit auch von anderen Spitzenpolitikern zu hören. Wir nehmen dies zum Anlass, um näher zu beleuchten, worum es dabei wirklich geht. Häufig sagt ein Bild mehr als 1000 Worte, wie z.B. unser KI-generiertes Bild auf der Titelseite.

Den Anfang macht in dieser Ausgabe der Alaska-Gipfel mit Trump und Putin. Dass die Kommentare und Analysen sehr unterschiedlich ausfallen, liegt unter anderem auch an den zwangsläufig vorhandenen spekulativen Aussagen. Die beiden von uns aufgenommenen Beiträge können deshalb nur als Anstoß für weitere Diskussionen angesehen werden. Michael von der Schulenburg als Autor des ersten Beitrages wird beim anstehenden bundesweiten Friedensratschlag vor allem mit weiterführenden Bewertungen zur Zukunft der EU bereitstehen. Dies ist auch Gegenstand eines weiteren Beitrags von Günther Burbach („Europas Wahnsinn mit Ansage“).

Doch wie kann, muss oder sollte es mit EU-Europa weitergehen? Ansätze für eine Antwort darauf finden sich in dem vorgestellten Buch „Zeitenwenden – Skizzen zur geistigen Situation der Gegenwart“ von Ulrike Guerot, das wir in dieser Ausgabe vorstellen.

Alle in diesen zur EU benannten Probleme gelten insbesondere für Deutschland als dessen Kern. Ulrike Eifler hat ihre Sicht als Gewerkschaftssekretärin dazu kürzlich bei der Sommerakademie des Netzwerks „Was tun!?“ dargelegt und einen zusammenfassenden Überblick über die gesellschaftlichen Bereiche gegeben, in denen „Freiheit, Sicherheit und Wohlstand“ im Niedergang sind.

Für die anstehenden Aktionen der Friedensbewegung wird es in starkem Maße darum gehen, gewerkschaftliche Basisinitiativen zu stärken, die den Zu-

sammenhang von Rechtsentwicklung, Militarisierung, Sozial- und Demokratieabbau in ihrem Umfeld offensiv darstellen. Dies ist jedoch keine leichte Aufgabe, da sich die Gewerkschaftspitzen mit einer Politik des „Burgfriedens“ mit der Bundesregierung arrangiert haben. Das wurde mit dem DGB-Aufruf zum diesjährigen Antikriegstag am 1. September deutlich.

Von einer Politik des „Burgfriedens“ muss man leider auch bei den großen kirchlichen Institutionen sprechen, wenn es um den Völkermord Israels in Gaza geht. Wir haben in dieser Ausgabe einen Brief des Forums Friedensethik in der Landeskirche in Baden abgedruckt, in dem das deutlich kritisiert wird. Eine ähnlich gelagerte Stellungnahme gibt es auch seitens von Pax Christi in der katholischen Kirche.

Die aktuelle Rolle der Gewerkschaften (Aufrüstung und Sozialabbau) und der Kirchen (Völkermord in Gaza) wird auch beim bundesweiten Friedensratschlag ausführlich behandelt werden. Dieser findet in diesem Jahr bereits am zweiten November-Wochenende statt. Zuvor stehen jedoch noch aktionsreiche Wochen an. Neben Demonstrationen zum Völkermord in Gaza muss der 3. Oktober ein Höhepunkt der diesjährigen Aktivitäten werden. Die Demo, die parallel in Berlin und Stuttgart stattfindet, wird zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe bereits von mehr als 200 Initiativen, Organisationen und Strukturen aus politischen Parteien unterstützt. Diese Bandbreite muss sich natürlich auch in den Teilnehmerzahlen widerspiegeln.

Karl-Heinz Peil

Für Infostände und/oder Diskussionsveranstaltungen können mehrere Exemplare des Friedensjournals (z.B. maximal 19 Stück als Briefsendung) bei uns bestellt werden.

zeitung
gegen den krieg

Für die gezielte Verteilung von Materialien empfehlen wir die aktuelle Zeitung gegen den Krieg (Nr. 60 / Herbst 2025).

Info und Bestellung unter:

www.zeitung-gegen-den-krieg.de

Trump trifft Putin: Europas Kriegstreiber außen vor

von Michael von der Schulenburg

Das persönliche Treffen der Präsidenten Trump und Putin in Alaska erfolgte zu einem Zeitpunkt, an dem die Ukraine zunehmend vor einer vernichtenden militärischen Niederlage steht, die auch durch zusätzliche Waffenlieferungen oder finanzielle Unterstützungen nicht mehr abgewendet werden kann. Das erhöht die Versuchung vor allem unter europäischen NATO-Staaten, diese Niederlage durch eine gefährliche Eskalation und ein immer direkteres Eingreifen der NATO in diesen Krieg noch abwenden zu wollen. Vor dem Hintergrund der Gefahren, die eine solche Eskalation mit sich bringen würde, gewinnt das Trump-Putin Treffen eine enorme Bedeutung – für uns alle.

Für eine umfassende Beurteilung der Ergebnisse ist es sicherlich noch zu früh. Dennoch zeichnen sich mit diesem Treffen bereits vier überaus wichtige Entwicklungen ab, die zwar so in keiner Abschlusserklärung stehen, aber den Verlauf des Krieges zugunsten einer friedlichen Lösung beeinflussen werden.

Erstens: Nachdem die USA in der Vergangenheit Putin immer als internationalen Paria dargestellt haben und im Ukrainekrieg das Ziel verfolgten, Russland zu einer kleinen Regionalmacht herunterzustufen, wird Putin nun als Präsident einer Großmacht zu Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Trump auf Augenhöhe in Alaska empfangen. Dies symbolisiert bereits das vielleicht entscheidendste Ergebnis des Ukrainekrieges.

Zweitens: Mit dem direkten Treffen der Präsidenten der USA und Russlands haben die Chancen, den Ukrainekrieg diplomatisch zu lösen, deutlich zugenommen. Die Gefahr, dass sich der Krieg in einen Strudel aus Gewalt und Gegengewalt bis hin zu einer nuklearen Auseinandersetzung entwickelt, scheint vorerst gebannt.

Drittens: Mit ziemlicher Sicherheit ist davon auszugehen, dass sich die USA nach diesem Treffen militärisch aus dem Krieg zurückziehen werden. Ohne die USA werden die EU-Staaten und das Vereinigte Königreich nicht in der Lage sein, den Krieg weiterzuführen, ge-

schweige denn ihn zu eskalieren. Der Bruch zwischen den USA und der EU/UK wird sich dadurch vertiefen.

Viertens: Die USA haben ihre Forderung nach einem Waffenstillstand zwar nicht aufgegeben, signalisieren aber Verständnis dafür, dass zunächst eine grundsätzliche Lösung für die Ursachen gefunden werden muss, die zu diesem Krieg geführt haben.

Bereitschaft zu Verhandlungen scheint vorhanden

Gerade der vierte Punkt ist besonders problematisch, denn zwischen den USA und Russland einerseits und der Ukraine und den meisten EU-Staaten andererseits besteht keine Einigkeit darüber, worin diese Ursachen eigentlich bestehen.

In Alaska wurden daher keine konkreten Vorschläge für einen Waffenstillstand oder einen Verhandlungsfrieden gemacht. Da es aber keine Hinweise gab, dass Trump weiter auf einen sofortigen bedingungslosen Waffenstillstand pocht, scheint es beiderseitig eine Bereitschaft zu geben, über die zentralen Anliegen der Russen zu verhandeln.

Die USA entziehen sich den Konsequenzen einer militärischen Niederlage

Für **Präsident Putin** wären diese Vorentscheidungen ein großer Gewinn. Russische Sicherheitsbedenken hinsichtlich einer Nato-Erweiterung in die Ukraine und eines Vorrückens der USA in die Schwarzmeerregion würden weitgehend anerkannt – wenn auch noch nicht gelöst. Gleichzeitig würden große Teile der pro-russischen Bevölkerung unter russische Souveränität fallen.

Für **Präsident Trump** bedeutet dies, dass sich die USA den Konsequenzen einer sich abzeichnenden militärischen Niederlage der Ukraine entzie-



hen könnten. Ähnlich sind die USA bereits in früheren Konflikten vorgegangen – etwa in Vietnam, unter Trumps Präsidentschaft in Afghanistan, aber auch im Irak und in Libyen.

Damit käme er dem Wunsch vieler Amerikaner nach, dass sich die USA nicht mehr in ferne Kriege verwickeln lassen sollte, sondern sich um die Innenstädte, Straßen, Schulen, Arbeitsplätze und den Erhalt von Industriestandorten, usw. kümmern müsse. Er könnte so auch dem Druck der politischen und militärischen Eliten in Washington entgehen – schließlich wurde er bewusst als Anti-Establishment-Präsident gewählt.

Für **die Europäer** – gemeint sind eigentlich nur die EU Staaten, und auch hier nicht alle, sowie das Vereinte Königreich (UK) – stellt sich das alles ganz anders da. In dem unter der Führung von Merz, Macron und Starmer zusammengestellten fünf-Punkte-Gegenvorschlag für die Verhandlungen verstricken sich diese europäischen Staaten weiterhin in ihrer eigenen Kriegspropaganda.

Sie bleiben dabei, dass es sich im Ukrainekrieg um einen unprovokierten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands handele und man daher auf keinen Falle nachgeben dürfe. Zur Nato Erweiterung weiterhin kein Wort. Auch die Entwicklungen im Krieg werden völlig ausgeblendet.

Mit dieser Haltung wird der Ukrainekrieg nun die Verantwortung dieser

europäischen Länder. Doch diese werden den Krieg weder militärisch noch finanziell führen können. Die enormen Beträge für die geplanten Aufrüstungsmaßnahmen der eigenen Armeen, die Gelder für die Wiederbewaffnung und den Wiederaufbau der Ukraine sowie für eine mögliche EU-Mitgliedschaft der Ukraine werden die ohnehin brüchige Solidarität der EU-Staaten weiter belasten.

Noch hat die Ukraine eine Zukunft

Den Ukrainern sollte spätestens jetzt klar sein, dass Europa sie nicht retten wird – und auch nicht retten kann. Wenn ihnen von Merz, Macron und Starmer ständig eingeflüstert wird, es sei besser, den Krieg fortzusetzen als einem „unfairen“ Frieden zuzustimmen, vergessen diese Politiker, dass es nicht ihr Blut oder das ihrer Kinder ist, das hier vergossen wird.

Die Behauptung, man müsse die Ukraine weiter militärisch unterstützen, um eine bessere Verhandlungsposition zu erreichen, ist reiner Unsinn. Die Verhandlungsposition der Ukraine hat sich in all dieser Zeit nur stetig verschlechtert.

Die Ukraine sollte es nicht zu einem Zusammenbruch ihrer Armee kommen lassen und verhindern noch weitere Gebiete zu verlieren. Sie muss das unermessliche Leiden seiner Bürger und die zunehmende Zerstörung des Landes be-

enden. Die Ukraine braucht daher den Frieden, um den Staat Ukraine zu erhalten.

Die Verhandlungen zwischen den Präsidenten der USA und Russlands bieten deshalb eine Chance für die Ukraine, selbst die Initiative zu ergreifen und sich diesen Gesprächen anzuschließen. Aber das wird nur möglich sein, wenn die Ukraine bereit ist, die aus dem Krieg entstandenen Realitäten anzuerkennen und zu beginnen, sich auf ihre Zukunft zu konzentrieren.

Dazu müsste die Ukraine gute Beziehung zu allen ihren Nachbarn aufbauen. Eine solche Haltung könnte sich auszahlen, wie durch die Finanzierung des Wiederaufbaus, durch vermehrte öffentliche und private Investitionen, der Öffnung von Handelswegen und auch durch eine bessere Sicherheit. Aus unterschiedlichen Gründen brauchen sowohl Russland als auch die USA Frieden – das eröffnet einen Spielraum, den die Ukraine für sich nutzen sollte.

Die heute von Russland beanspruchten Ostgebiete wurden erst 1922 der Ukraine zugeordnet, die Krim erst 1954. Ihr Verlust würde die Ukraine nicht zerstören. Im Gegenteil: Die Ukraine könnte dadurch zu einem kohärenteren Staat zusammenwachsen. Es lohnt sich nicht für diese Ostgebiete mit einer der Ukraine überwiegend feindlich gegenüberstehen-

den Bevölkerung ganze Generationen junger Menschen zu opfern oder eine weitere Entvölkerung durch Flucht und Abwanderung zu riskieren.

Und es lohnt sich nicht, dafür eine weitere Zerstörung des Landes in Kauf zu nehmen. Einen gerechten Frieden gibt es leider nie, es kann und muss nur darum gehen, das Bestmögliche für die zukünftigen Generationen der Ukrainer in Verhandlungen herauszuholen.

Auch ohne diese Ostgebiete, wird Kyiv immer eine der großen europäischen Kulturmetropolen bleiben, mit Wurzeln, die bis ins Byzantinische Reich reichen. Odessa wird weiterhin eine wichtige europäische Hafenstadt bleiben, die die Ukraine mit Asien, dem Nahen Osten, Afrika und Südeuropa verbindet. Charkiw wird in friedlicheren Zeiten die Verbindung zum großen Nachbarn Russland herstellen, und Lwiw wird das Tor zur Europäischen Union bleiben.

Eine gesicherte friedliche Zukunft der Ukraine sollte im Interesse aller sein, seien es nun die USA oder Russland oder seien es die Europäische Union oder China und Indien. Um das durch eine friedliche Lösung zu erreichen, sollten für alle Kriegsparteien gelten: „Слава Україні!“ (Ruhm der Ukraine).

Der Beitrag erschien am 17.8.25 bei Emma und am 18.8.25 bei Telepolis.

1,7 Millionen Kriegsoffer in der Ukraine?

Über die in der EU wegen „Desinformation“ verbotene Website von RT DE war kürzlich unter Berufung auf mehrere russische Medien zu lesen, dass die Ukraine „angeblich mehr als 1,7 Millionen Soldaten verloren [hat], darunter Tote und Vermisste ...“ Dies bezieht sich auf eine Datenbank der Ukraine, die angeblich von russischen Hackern erbeutet wurde.

Doch wie glaubwürdig sind diese Angaben? Schließlich kann man kriegsführenden Ländern praktisch immer Desinformation und Propaganda unterstellen. Hier helfen nur Plausibilisierungen anhand anderweitig vorhandener Zahlen bzw. Angaben. So sprach US-Präsident Trump – offenbar unter Bezug auf US-Geheimdienstquellen – von 700.000 Kriegs-

opfern. Offizielle russische Angaben vom Februar dieses Jahres beliefen sich auf 1,08 Millionen Opfer. Laut den russischen Hackern wurde bis Mitte August dieses Jahres aber zusätzlich eine Rekordzahl von 621.000 Opfern registriert.

Wichtig ist hierbei vor allem die Unterscheidung zwischen Toten, Verletzten und Vermissten, deren Relation nur spekulativ abgeschätzt werden kann. In den Zahlen nicht enthalten sind: Vertriebene und Geflüchtete.

Außerdem fehlen hierbei natürlich die Opfer in der ukrainischen Zivilbevölkerung. Diese belaufen sich nach UN-Schätzungen mit Stand 31.7.2025 auf 13.383 Tote und 35.548 Verletzte. Damit liegt die Anzahl der zivilen Todesopfer auf dem Niveau der im Zeitraum von 2014 bis 2021 im

Donbass durch die Streitkräfte der Ukraine resultierenden Todesopfer (gemäß Angaben der OSZE und der ukrainischen Regierung). Dabei dürfte es sich überwiegend um Zivilisten handeln und weniger um „Rebellen“. Diese Zahlen geben auch Rückschlüsse auf die sehr unterschiedliche Kriegsführung. Nach wie vor richten sich ukrainische Raketenangriffe (mit Kampfdrohnen) gegen zivile Ziele im Donbass, während gezielte Angriffe auf rein zivil genutzte Objekte seitens Russlands bisher nicht erfolgt sind.

Zu den russischen Soldatenverlusten liegen keine zuverlässigen Daten vor. Präsident Putin teilte im Juni 2024 mit, dass die „unwiederbringlichen Verluste“ Russlands und der Ukraine im Verhältnis 1:5 stünden.

*Karl-Heinz Peil
Quellen: siehe Anhang in Online-Fassung*

Was in Alaska wirklich passiert ist

von Pepe Escobar

Pepe Escobar ist ein brasilianischer Journalist, der geopolitische Zusammenhänge analysiert und in zahlreichen Medien publiziert. Der nachfolgende Beitrag ist eine eigene Übersetzung (mit Deepl.com) seines englischsprachigen Beitrages, der am 18.8.25 bei thecradle.co veröffentlicht wurde. (KP)

Das Treffen zwischen Putin und Trump hat einige wichtige Schleier gelüftet. Es hat gezeigt, dass Russland von Washington als gleichberechtigte Macht angesehen wird und dass Europa kaum mehr ist als ein nützliches Instrument der USA.

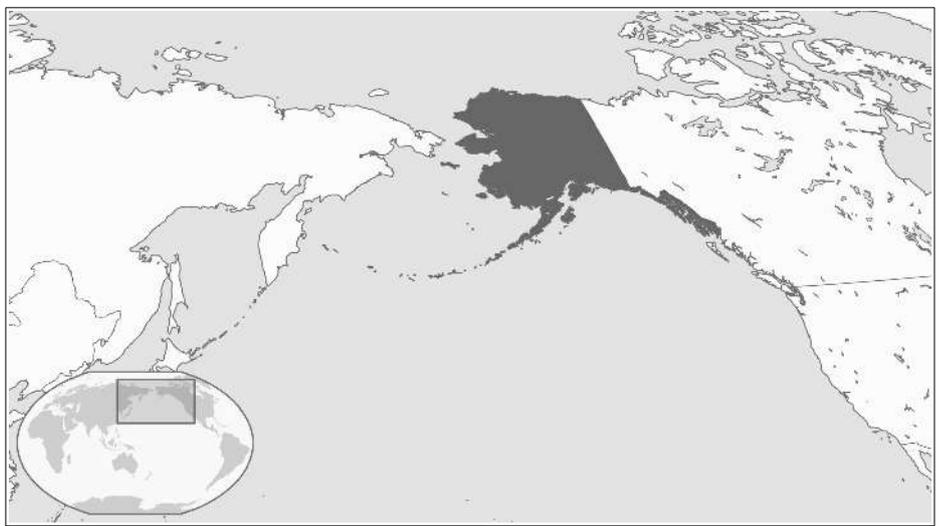
Bei Alaska ging es nicht nur um die Ukraine. Bei Alaska ging es vor allem darum, dass die beiden größten Atom-mächte der Welt versuchen, Vertrauen wiederaufzubauen und einen außer Kontrolle geratenen Zug zu bremsen, der mit rasender Geschwindigkeit auf eine nukleare Konfrontation zusteuert. Angesichts des sprunghaften Charakters von US-Präsident Donald Trump, der das öffentlichkeitswirksame Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin initiiert hatte, gab es keine Gewissheit über den Ausgang des Treffens. Dennoch könnte sich ein neues Muster abzeichnen.

Russland wurde von den USA de facto als gleichberechtigte Macht anerkannt. Das bedeutet zumindest die Rückkehr zu einer hochrangigen Diplomatie, wo sie am dringendsten benötigt wird. Unterdessen entsendet Europa eine Reihe ohnmächtiger Staats- und Regierungschefs nach Washington, um sich vor dem Imperator zu verbeugen. Das Schicksal der EU ist besiegelt: Sie wird in den Mülleimer der geopolitischen Bedeutungslosigkeit wandern.

Was Trump und Putin persönlich und gemeinsam beschlossen haben, noch bevor Alaska als Ort für das Gipfeltreffen festgelegt wurde, wird geheim bleiben.

Es ist jedoch bezeichnend, dass Trump selbst Alaska mit 10 von 10 Punkten bewertet hat.

Die wichtigsten Erkenntnisse, die von



Quellen in Moskau mit direktem Zugang zur russischen Delegation weitergegeben wurden, betonen Folgendes:

„Es wurde [von Putin] nachdrücklich gefordert, alle direkten Waffenlieferungen der USA an die Ukraine einzustellen, als einen entscheidenden Schritt zur Lösung des Konflikts. Die USA akzeptierten die Tatsache, dass es notwendig ist, die Lieferungen tödlicher Waffen drastisch zu reduzieren.“

Nun ist Europa am Zug

Die vorliegenden Quellen präzisieren im Detail:

„Von den 80 Milliarden Dollar des ukrainischen Haushalts stellt die Ukraine selbst weniger als etwa 20 Milliarden Dollar bereit. Die Nationalbank der Ukraine gibt an, allein 62 Milliarden Dollar an Steuern einzunehmen, was eine Lüge ist; bei einer Bevölkerung von rund 20 Millionen, weit über einer Million irreversiblen Verlusten auf dem Schlachtfeld, einer dezimierten Industrie und weniger als 70 Prozent des vor dem Maidan kontrollierten Territoriums ist das einfach unmöglich.“

Europa – also die Kombination aus NATO und EU – steht vor einem ernsthaften Dilemma: „Entweder man unterstützt die Ukraine finanziell oder militärisch. Aber nicht beides gleichzeitig. Sonst wird die EU selbst noch schneller zusammenbrechen.“

Vergleichen Sie nun all das mit der wohl wichtigsten Passage in einem der Beiträge von Trump auf Truth Social:

„Alle waren sich einig, dass der beste Weg, um den schrecklichen Krieg zwischen Russland und der Ukraine zu beenden, darin besteht, direkt zu einem

Friedensabkommen zu gelangen, das den Krieg beenden würde, und nicht nur zu einem Waffenstillstandsabkommen, das häufig nicht eingehalten wird.“

Hinzu kommt die wichtige Ergänzung des ehemaligen russischen Präsidenten Dmitri Medwedew:

„Der russische Präsident hat dem US-Präsidenten persönlich und ausführlich unsere Bedingungen für die Beendigung des Konflikts in der Ukraine dargelegt (...) Am wichtigsten ist: Beide Seiten haben die Verantwortung für das Erreichen künftiger Ergebnisse in den Verhandlungen über die Beendigung der Feindseligkeiten direkt Kiew und Europa übertragen.“

Das ist eine große Annäherung der Supermächte. Der Teufel steckt natürlich im Detail.

BRICS in Alaska mit am Verhandlungstisch

In Alaska vertrat Wladimir Putin nicht nur die Russische Föderation, sondern die BRICS-Staaten insgesamt. Noch bevor das Treffen mit seinem US-Amtskollegen der Weltöffentlichkeit bekannt gegeben wurde, telefonierte Putin mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping. Schließlich ist es die Partnerschaft zwischen Russland und China, die das Drehbuch dieses Kapitels im geostrategischen Spiel schreibt.

Darüber hinaus haben die Spitzenpolitiker der BRICS-Staaten eine Vielzahl von miteinander verbundenen Telefonaten geführt, die nach Einschätzung des brasilianischen Präsidenten Luiz Inacio „Lula“ da Silva zu einer gemeinsamen Front der BRICS-Staaten gegen die Zollkriege von Trump geführt haben.

Das Imperium des Chaos, die Trump-2.0-Version, befindet sich in einem hybriden Krieg gegen die BRICS-Staaten, insbesondere gegen die fünf größten: Russland, China, Indien, Brasilien und Iran. So erzielte Putin in Alaska einen kleinen Sieg. Trump:

„Zölle für russische Ölabnehmer sind derzeit nicht erforderlich (...) Ich werde vielleicht in zwei bis drei Wochen darüber nachdenken müssen.“

Selbst unter Berücksichtigung der vorhersehbaren Volatilität eröffnet das Streben nach einem Dialog auf hoher Ebene mit den USA den Russen eine Möglichkeit, die Interessen ihrer BRICS-Partner direkt voranzubringen – darunter beispielsweise Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate, die durch die Sanktionen/Zölle und die damit einhergehende grassierende Russophobie an einer weiteren wirtschaftlichen Integration in Eurasien gehindert werden.

Leider trifft nichts davon auf den Iran zu: Die zionistische Achse hat jeden Winkel der Politik Washingtons gegenüber der Islamischen Republik fest im Griff. Es ist klar, dass sowohl Trump als auch Putin ein langfristiges Spiel betreiben. Trump will den lästigen zweitklassigen Akteur in Kiew loswerden – aber ohne die altbewährten US-Taktiken für Staatsstreich und Regimewechsel anzuwenden. In seinen Augen zählen nur zukünftige, mögliche Mega-Handelsabkommen über russische Bodenschätze und die Erschließung der Arktis.

Putin muss sich auch mit innenpolitischen Kritikern auseinandersetzen, die keine Zugeständnisse verzeihen. Die verzweifelten Spekulationen westlicher Medien, er würde im Austausch für die gesamte Republik Donezk ein Einfrieren der Front in Saporischschja und Cher-

son anbieten, sind Unsinn. Das würde gegen die Verfassung der Russischen Föderation verstoßen.

Darüber hinaus muss Putin regeln, wie US-Unternehmen Zugang zu zwei Bereichen erhalten sollen, die im Mittelpunkt der föderalen Prioritäten stehen und eine Frage der nationalen Sicherheit sind: die Erschließung der Arktis und des russischen Fernen Ostens. All dies wird auf dem Östlichen Wirtschaftsforum in Wladiwostok [Anfang September] ausführlich diskutiert werden.

Wieder einmal gilt: „Folge dem Geld“. Beide Oligarchien – in den USA und in Russland – wollen schnellstmöglich zu profitablen Geschäften zurückkehren.

„Kosmetik für ein geschlachtetes Schwein“ durch politische Anfänger

Putin, unterstützt von Außenminister Sergej Lawrow, hatte endlich ausreichend Zeit, um die zugrunde liegenden Ursachen der russischen Militäroperation in der Ukraine detailliert darzulegen und die Gründe für einen langfristigen Frieden zu erläutern: Neutralität der Ukraine; Verbot und Auflösung neonazistischer Milizen und Parteien; keine weitere NATO-Erweiterung.

Geopolitisch gesehen ändert das, was sich aus Alaska entwickeln mag, nichts an der Tatsache, dass Moskau und Washington zumindest strategischen Spielraum gewonnen haben. Das könnte sogar zu einer neuen Chance für die Achtung der Einflussphären beider Mächte führen.

Kein Wunder also, dass die transatlantische Front ausflippt, von Europas

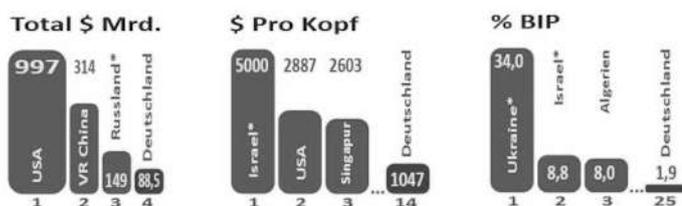
Geldadel bis hin zu dem glitzernden Schaulaufen von politischen Anfängern [engl. Original: „bling bling novices“], denn die Ukraine ist eine riesige Geldwaschmaschine für Eurotrash-Politiker. Die kafkaeske EU-Maschinerie hat die EU-Mitgliedstaaten und EU-Steuerzahler bereits in den Bankrott getrieben – aber das ist ja nicht Trumps Problem.

In den Breitengraden des Globalen Südens zeigte Alaska ganz klar die Schwächung des Transatlantischen Bündnisses – und machte damit deutlich, dass die USA ein unterwürfiges Europa anstreben, das sich der Strategie der Spannung unterwirft, denn sonst gäbe es keinen militärischen Aufschwung der EU, die mit Geld, das sie nicht hat, übertriebene amerikanische Waffen im Wert von Milliarden kauft.

Gleichzeitig wollen die Drahtzieher in Washington trotz der gierigen privaten Absichten der US-Oligarchie in Bezug auf russische Geschäfte in Wahrheit die Integration Eurasiens und damit jede multilaterale Organisation – BRICS und SCO – zerschlagen, die darauf abzielt, eine neue, multinationale Weltordnung zu schaffen.

Natürlich bleibt eine Kapitulation der NATO – selbst wenn sie strategisch auf ganzer Linie besiegt wird – ein Gräuel. Trump versucht bestenfalls, mit seiner typischen Fanfare etwas zu inszenieren, das als Ausstiegsstrategie des Deep State verkauft werden könnte, um den nächsten ewigen Krieg vorzubereiten.

Putin, der russische Sicherheitsrat, die BRICS-Staaten und die globale Mehrheit machen sich diesbezüglich keine Illusionen.



Rüstungsausgaben weltweit:

1. USA: 997 Mrd. \$ - 37%
2. VR China: 314 Mrd. \$ - 12%
3. Russland: 1,49 Mrd. \$ - 5,5%
4. Deutschland: 88,5 Mrd. \$ - 3,3%

Rüstungsausgaben pro Kopf weltweit:

1. Israel: 5000 \$
2. USA: 2887 \$
3. Singapur: 2603 \$
-
14. Deutschland: 1047

Rüstungsausgaben Anteil BIP in Prozent weltweit

1. Ukraine: 34,0
2. Israel: 8,8
3. Algerien: 8,0
-
25. Deutschland: 1,9

Ausgaben für Militär und Umlagemöglichkeiten

Quelle: SIPRI Fact Sheet, Trends in World Military Expenditure, 2025, April 2025. ISW-Berechnungen.

*Länder, die sich 2024 im Krieg befunden haben (Russland, Israel und Ukraine)

Daten und Grafik: ISW München



Aus dem Vorwort:

In diesem Buch wird sich in Teil I der Zeitenwende als solcher genähert. Anschließend wird in Teil II versucht, die epistemischen Drehungen zu skizzieren, durch die die deutsche wie allgemein die westlichen Gesellschaften die Vernunft verloren haben. Teil III erklärt, warum die Demokratie darum nicht mehr funktionieren kann und warum wir uns – Teil IV – darum jetzt anschicken, Europa und seine zivilisatorischen Errungenschaften in einem Krieg zu zerstören.

Ulrike Guerot galt lange Zeit als Verfechterin der EU-Integration, was sich aus ihrer Biografie ergibt. Diese erstreckt sich von einer Tätigkeit als parlamentarische Mitarbeiterin eines CDU-Bundestagsabgeordneten Anfang der 90er Jahre über die Mitarbeit bei EU- und transatlantischen Thinktanks bis hin zu mehreren (Gast-)Professuren. Anfang 2023 endete diese Karriere mit der Kündigung ihrer Lehrtätigkeit an der Universität Bonn.

Dies wurde mit Plagiatsvorwürfen in mehreren Sachbüchern begründet. Der politische Hintergrund, eine unbequeme Stimme loszuwerden, war angesichts der Faktenlage offensichtlich. Seither hat sich Ulrike Guerot zunehmend zur politischen Aktivistin entwi-

Manifest gegen politische Lähmung und für ein anderes Europa

Ulrike Guerot: Zeiten wenden – Skizzen zur geistigen Situation der Gegenwart, Westend-Verlag, 2. Auflage 2025, 224 Seiten, € 24,00

ckelt, was auch in ihrem neuen Buch erkennbar ist.

In einzelnen Kapiteln erfolgt jeweils ein Abgesang auf Vernunft, Demokratie und Europa („Adieu ...“).

Soweit im Buch von Europa die Rede ist, betrifft dies insbesondere die innere Situation Deutschlands, die in den ersten Kapiteln beispielhaft skizziert wird. Eine besondere Betonung liegt dabei auf den von ihr gesammelten Unterschieden zwischen der alten BRD und der früheren DDR. Diese beruhen auf zahlreichen persönlichen Gesprächen, die sie nach ihrer Entlassung von der Universität bei ihren Reisen geführt hat.

„Es ist der entscheidende Unterschied zwischen der Bundesrepublik und der DDR, dass die Bürger der DDR wussten, dass sie politisch belogen werden ...“

Bezüglich der aktuellen Entwicklungen in der EU kommt sie zu dem Fazit:

„Die EU kann ihren Aufrüstungskurs nur um den Preis der Zerstörung ihrer eigenen Strukturen und einer autoritären Schließung weitertreiben, also um den Preis eines unverblühten Hineinregierens in souveräne Staaten hinein. ... Aber was machen wir dann?“

Ihre Meinung nach bestünde die Chance für eine Veränderung nur, wenn Frankreich und Deutschland an einem Strang ziehen würden, so wie Macron es bei seinem Amtsantritt 2017 angeboten hatte, als er die NATO für hirtot erklärte und ein souveränes Europa forderte.

Ulrike Guerot skizziert, dass *„kein EU-Land eine kriegstüchtige, kriegsfähige oder kriegswillige Gesellschaft“* vorzuweisen hat, wenn es um eine Kriegsvorbereitung gegen Russland innerhalb der EU geht. Da die Propaganda über den Krieg in der Ukraine jedoch zunehmend entlarvt wird, dürfte sich daran ihrer Meinung nach auch nicht viel ändern. Hierbei spielen auch die in alle Richtungen gespal-

tene Gesellschaft eine Rolle, die einen nationalen, militärischen Schulterschluss in der ganzen EU verhindere. Das gelte auch für die europäische Rüstungsindustrie.

Ihr Plädoyer für eine Neuorientierung besteht aus mehreren Elementen: Erstens wäre eine Neutralität Europa anzustreben, d.h. eine Loslösung von der transatlantischen Bindung. Zweitens plädiert sie für Strukturen wie in der Schweiz: *„föderal, subsidiär, regional, kulturell facettenreich, sozial und friedlich“*. Das Beispiel der Ukraine zeige, dass dies auch die einzige Perspektive für das Land wäre.

„Die Narretei, aus Europa eine Art militärisches Bollwerk gegen praktisch den gesamten Rest der Welt zu machen und sich dabei auch noch einzubilden, Freiheit oder Werte zu verteidigen, wird eingestellt.“

Europa habe sich mit „dem institutionellen Aufbau der EU verlaufen“. Der „liberale Zweifrontenkrieg gegen Sozialismus und [Rechts-]Populismus“ könne nicht mehr lange gutgehen.

Ulrike Guerot sieht das Potenzial Europas in einer multipolaren Welt in seiner reichen Kultur zur Ausgestaltung eines künftigen Weltsystems.

Jedoch: *„Liberal, atlantisch und zionistisch jedenfalls wird Europa in seinem Wesenskern nicht überleben“*. Die Begriffe Liberalismus und liberale Demokratie müssten dazu neu definiert werden.

Abschließend finden sich noch einige Ratschläge in einfachen Sätzen zur Rückkehr zu Vernunft und individuellem Handeln.

Man sieht, dass die Autorin einen großen Bogen gespannt hat, um die aktuellen gesellschaftlichen Probleme einzufangen. Ihr jüngstes Buch ist damit eine weitere Empfehlung, sie als Gesprächspartnerin im politischen Diskurs einzubinden.

Karl-Heinz Peil



Wie der NATO-Aufrüstungsrausch den Kontinent destabilisiert.

Es war ein Gipfel, der Geschichte schreiben sollte und es vermutlich auch wird. Nicht als diplomatischer Durchbruch, nicht als Fortschritt für den Frieden, sondern als weiterer Höhepunkt eines sicherheitspolitischen Irrsinns, den kaum noch jemand hinterfragt. Der NATO-Gipfel von Den Haag im Juni 2025 wurde zur Bühne einer Selbstverleugung Europas, zur Inszenierung einer aggressiven Abhängigkeit und zur Machtdemonstration eines Mannes, den viele für unberechenbar halten, Donald Trump. Wieder im Weißen Haus, wieder im Zentrum der Aufmerksamkeit, wieder mit der gleichen Mischung aus Drohung und Verachtung gegenüber seinen Partnern.

Trump landete und halb Europa verbeugte sich. Kein kritisches Wort, kein Zweifel am Kurs, nur ein kollektives Schulterklopfen, wer dem amerikanischen Präsidenten am schnellsten und servilsten seine Treue demonstrieren konnte. Die NATO-Staaten einigten sich auf ein neues Ziel: 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen künftig in Rüstung fließen, mehr als das Doppelte des bisherigen, ohnehin schon heftig kritisierten 2-Prozent-Ziels.

Die Kosten der Hörigkeit

Für Europa bedeutet dieses Ziel nicht nur die Verdopplung der Militärausgaben, sondern den offenen Bruch mit

Europas Wahnsinn mit Ansage

von Günther Burbach

dem Versprechen einer sozialen, friedlichen Union, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden war.

Statt Brücken, Schulen, Krankenhäusern oder dem Umbau der Energiesysteme, sollen nun Panzer, Drohnen und Raketen das Rückgrat europäischer Politik bilden. Schon jetzt geben die NATO-Staaten zusammengenommen über 1.200 Milliarden Dollar jährlich für Militär aus, mehr als zehnmal so viel wie Russland. Doch es scheint nie genug zu sein.

Besonders perfide: Trump koppelte seine Zustimmung zu Handelsfragen direkt an das Aufrüstungsverhalten einzelner Staaten. So drohte er Spanien offen mit Zöllen, sollte Madrid sich nicht zu höheren Militärausgaben bekennen. In dieser Logik wird aus Sicherheitskooperation wirtschaftliche Erpressung und aus einem Verteidigungsbündnis eine transatlantische Geiselhaft.

Der geopolitische Realitätsverlust

Was all dem zugrunde liegt, ist eine politische Annahme, die so irrational wie gefährlich ist: Russland plane einen Angriff auf NATO-Staaten. Dabei zeigen sämtliche Analysen, dass Russland bereits im Ukrainekrieg massiv an militärischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Substanz eingebüßt hat. Ein weiterer Krieg gegen die NATO, mit ihrer ungleich größeren Stärke, wäre strategisch selbstmörderisch.

Doch genau dieser Phantom-schmerz dient als Legitimation für das größte Aufrüstungsprogramm in der Geschichte der EU. Kritische Stimmen wie die des ehemaligen NATO-Generalinspektors Harald Kujat oder von Friedensforschungsinstituten werden diskreditiert, ignoriert oder gar zum Teil als illoyal dargestellt. Es herrscht ein Klima, das der politischen Psychose näher kommt als einer sicherheitspolitischen Analyse.

Der Preis: Demokratieabbau und Wohlstandsverlust

Was bedeutet dieser Wahnsinn für

den Alltag der Menschen? In Deutschland sind es marode Schulen, kaputte Brücken und fehlende Pflegekräfte, die den Verfall des Sozialstaats markieren. Gleichzeitig legt die Bundesregierung ein 100-Milliarden-Euro-Paket zur „Stärkung der Infrastruktur“ auf, bei dem Experten wie der Städtetag oder der Bundesrechnungshof schon jetzt warnen: Die Hälfte der Mittel droht zu versickern.

Zugleich kündigte Verteidigungsminister Pistorius an, dass Deutschland seine Rüstungsausgaben dauerhaft auf über 100 Milliarden Euro jährlich steigern werde. Das wäre eine Summe, die mit dem kompletten Bildungshaushalt konkurriert. Frankreich will gar noch weiter gehen, trotz Rekordverschuldung und wachsender Unruhen im Innern.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind drastisch: Die europäische Industrie, vor allem die energieintensive, leidet unter hohen Kosten und geopolitischer Unsicherheit. Die Autoindustrie, einst ein globales Flaggschiff deutscher Wirtschaftskraft, wird von politischen Experimenten und Planwirtschaft zerlegt. Als neuer Exportschlager soll nun das Waffenarsenal dienen.

Medien als Propagandainstrumente

Ein besonders perfides Element in diesem Szenario ist die Rolle der Medien. Kritik an der NATO-Strategie wird als putinfreundlich abgetan. Friedensinitiativen erscheinen bestenfalls naiv, schlimmstenfalls subversiv. Große Sender und Verlage berichten in Dauerschleife von russischer Bedrohung, unterschlagen aber Zahlen, Analysen und diplomatische Alternativen.

So wurde der Vorschlag der BRICS-Staaten, einen neuen diplomatischen Prozess für die Ukraine unter Einbeziehung aller Parteien zu starten, kaum erwähnt. Stattdessen dominieren Narrative vom „freien Westen“ und der „Notwendigkeit militärischer Stärke“, als wäre das Jahr 1914 nie gewesen.

Die Illusion der Abschreckung

Das zentrale Argument für die Aufrüstung lautet „Abschreckung“. Doch genau diese Logik hat historisch mehrfach versagt. In einem multipolaren System mit neuen Großmächten wie China, Indien oder Brasilien führt Rüstung nicht zu Stabilität, sondern zu Misstrauen, Aufrüstungsspiralen und letztlich zu neuen Kriegen.

Europa, einst als Projekt der Versöhnung gestartet, verliert seine Rolle als diplomatischer Akteur. Es macht sich abhängig, militärisch von den USA, wirtschaftlich von asiatischen Lieferketten, ideologisch von sicherheitspolitischen Fantasien.

Wer verdient, wer verliert?

Während die Bürger sparen sollen, jubeln andere: Rüstungskonzerne wie Rheinmetall, Thales oder Lockheed Martin melden Rekordgewinne. Neue Fabriken entstehen, neue Waffensysteme werden entwickelt, und ein riesiger Lobbyapparat sorgt dafür, dass die Waffenproduktion zur Dauerlösung erklärt wird.

Gleichzeitig brechen soziale Siche-

rungssysteme weg. Die Zahl der Rentner, die in Deutschland auf Lebensmittelpenden angewiesen sind, hat sich binnen zwei Jahren verdoppelt. Die Zahl junger Menschen ohne Ausbildungsplatz steigt wieder. Aber: Das 5-Prozent-Ziel steht. Mit aller Gewalt.

Demokratie in der Krise

Der Preis für all das ist nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch hoch. Demokratien, die sich selbst militarisieren, werden autoritärer. Sie verschieben das Gewicht von öffentlicher Debatte zu sicherheitsstaatlicher Kontrolle. Wer den Kurs hinterfragt, riskiert politische Ächtung.

Das zeigt sich auch im Umgang mit Demonstrationen: Friedensproteste werden massiv überwacht, Kritiker von Sicherheitsbehörden beobachtet, alternative Medien diskreditiert. Was als notwendige Verteidigung verkauft wird, ist oft nichts anderes als der Versuch, autoritäre Strukturen zu festigen, unter dem Deckmantel der „nationalen Sicherheit“.

Fazit: Europa am Scheideweg

Der NATO-Gipfel von 2025 hat eine

Wahrheit offengelegt, die viele nicht hören wollen: Europa hat sich entschieden, gegen den Frieden, gegen soziale Gerechtigkeit, gegen strategische Vernunft. Es hat sich für ein Aufrüstungsprogramm entschieden, das weder Sicherheit noch Stabilität bringt, sondern die Zivilgesellschaft belastet, die Wirtschaft schwächt und den sozialen Frieden gefährdet.

Was fehlt, ist eine echte Opposition. Parteien, die den Aufrüstungskurs infrage stellen, werden medial diffamiert oder mit Sanktionen belegt. Friedensforschung gilt als Relikt. Zivile Diplomatie als Schwäche. Doch genau diese Kräfte braucht Europa, jetzt mehr denn je.

Es geht nicht um Naivität, nicht um ein romantisches Weltbild. Es geht um Rationalität, um Verantwortung – und um die Erkenntnis, dass ein Kontinent, der alles auf militärische Stärke setzt, am Ende nicht stärker, sondern ärmer, gespalten und gefährdeter sein wird.

Der Beitrag erschien am 1.7.2025 im Overton-Magazin.

Der Aufstieg einer neuen Weltordnung

Auszug aus 21 Thesen von Patrik Baab zum Gipfeltreffen in Alaska.

(5) Erstmals seit 1945 sehen sich die USA und Russland wieder als Nachbarn. Dies drängt die Europäer an den Rand. Die USA reduzieren ihre militärische Präsenz in Europa. Der Versuch Washingtons, den eurasischen Raum zu spalten, dauert an. Allerdings verlaufen die neuen Spaltungsversuche entlang der Achse Russland-China und im Kaukasus.

(9) Indem Trump dem Frieden eine Tür öffnet, verschafft er sich innenpolitischen Spielraum: Er sichert sich damit die Unterstützung vieler Wähler, die keine Kriege in fernen Ländern wollen, sondern Arbeitsplätze, Schulen und Straßen im eigenen Land. Damit festigt Trump seine Position gegenüber dem neokonservativen Establishment. In Washington tobt ein Richtungskampf zwischen den Neokonservativen, die am Traum einer unipolaren Welt festhalten, und dem Team Trump, das einen neuen Realismus pflegt. Der Machtkampf ist noch nicht entschieden.

(10) Deshalb versuchen die Europäer, Trump auszusitzen. Sie hoffen, dass ihre Freunde im Apparat und unter den Neokonservativen nach Trump wieder auf Konfrontationskurs gegenüber Russland gehen. Und sie hoffen, dass dies die Macht der transatlantischen Eliten – und ihre eigene – erhält. Solange diese Eliten den alten Kontinent regieren, ist die transatlantische Spaltung ein Mythos.

(11) Die EU hat sich von einem Friedensprojekt zu einer Kriegsmaschine entwickelt. Der Versuch, der EU durch Kriegslust und Russophobie einen neuen identitätsstiftenden Sinn zu verleihen, ist gescheitert.

(12) Die Fortsetzung des Krieges ist zum Vehikel für einen innereuropäischen Machtkampf geworden: Deutsche, Briten, Franzosen und Polen wetteifern um die Vorherrschaft über den alten Kontinent. Wer glaubt, die europäischen Nachbarstaaten würden die „dienende Führung“ Berlins akzeptieren, unterschätzt die Erinnerung an die Kriege des 20. Jahrhunderts.

(13) Die EU steht vor dem Zusammenbruch. Trump wird die Europäische Union zwingen, die Ukraine aufzunehmen. Das wird die Fliehkräfte verstärken. Denn die Kosten für Krieg und Wiederaufbau werden so auf die Europäische Union abgewälzt. Deutschland ist der größte Nettozahler der EU. Dem deutschen Steuerzahler wird die Rechnung präsentiert. Er wird die Zeche für seine politische Lethargie bezahlen.

(16) Deutschlands transatlantisch korrumpierte Eliten, die ihre Karrieren an die US-Neokonservativen geknüpft haben, sind am Ende. Ihnen bleibt nur der Rückzug von der politischen Bühne – oder die Fortsetzung des Krieges auf eigene Faust. Doch die Waffenlager sind leer, und die europäischen Truppen können gegen Russland nicht gewinnen.

Quelle: Overton-Magazin – 19.8.2025

Massenmord per Sanktionspolitik

Redaktion German Foreign Policy

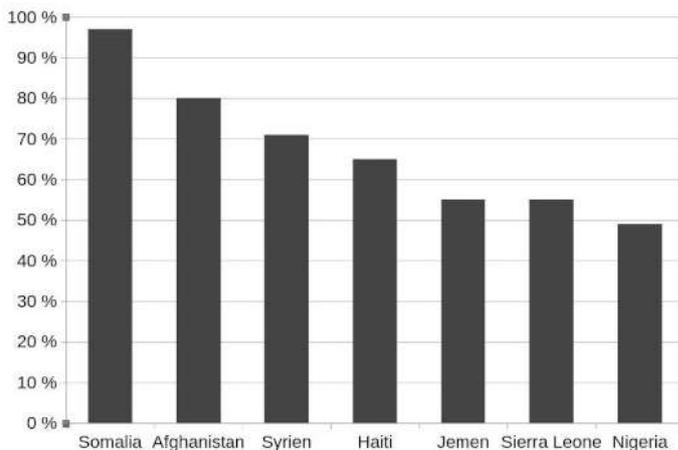
Mehr als eine halbe Million Menschen kommen jährlich laut einer aktuellen Studie durch die Folgen westlicher Sanktionen zu Tode – rund fünfmal so viele, wie durchschnittlich in Kampfhandlungen in Kriegen sterben.

Eine halbe Million Tote pro Jahr

Die Untersuchung zu den Folgen von Sanktionen, über die die Fachzeitschrift The Lancet in ihrer aktuellen Ausgabe informiert, bringt die hohe Zahl an Todesopfern mit Mangel an einer Vielzahl lebensnotwendiger Güter in Verbindung.

Sanktionen führten dazu, dass die betroffenen Staaten ihre Versorgungsleistungen reduzieren müssten, heißt es in dem Bericht; dies gelte nicht zuletzt für die Gesundheitsversorgung^[1] Auch könnten medizinische Güter, Nahrungsmittel und weitere unverzichtbare Produkte nicht mehr eingeführt werden – häufig, weil gezielte Finanzsanktionen die Bezahlung von Importen unmöglich machten.

Oft sei zudem eine Beschränkung der Tätigkeit von Hilfsorganisationen zu beklagen: entweder, weil die Sanktionen ihre Aktivitäten objektiv verhinderten, oder weil die Organisationen im Hinblick auf das meist völlig undurchsichtige Sanktionsgeflecht sich nicht in der Lage sähen, die mit ihm verbundenen Risiken auf sich zu nehmen.



Länder mit der höchsten Verbreitung von akutem Hunger weltweit 2024

Daten: statista – Grafik: FriedensJournal

Die Untersuchung beziffert die Zahl der jährlichen Todesopfer im Durch-

schnitt auf rechnerisch 564.258; dies sind mehr als fünfmal so viele wie die Menschen, die im Jahresschnitt bei Kampfhandlungen in Kriegen zu Tode kamen – rund 106.000 –, und in etwa so viele wie die realen Todesopfer von Kriegen, die – zivile Todesopfer und an Kriegsfolgen Verstorbene inklusive – jährlich zu beklagen sind.

Politische Ziele

The Lancet weist ausdrücklich darauf hin, dass 77 Prozent der Todesopfer den Altersgruppen bis zu 15 oder zwischen 60 und 80 Jahren angehören; Kinder, Jugendliche und Senioren sind damit weit überdurchschnittlich betroffen. 51 Prozent der Todesopfer sind weniger als fünf Jahre alt.^[2] Dabei sind heute 25 Prozent aller Staaten weltweit von Sanktionen betroffen. In den 1960er Jahren lag ihr Anteil noch bei acht Prozent.

Die Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass ein signifikanter Unterschied zwischen Sanktionen besteht, die von der UNO verhängt wurden, und solchen, die die USA oder auch die Staaten der EU oktroyiert haben.

Von den Vereinten Nationen beschlossene Sanktionen – die einzigen, die das internationale Recht anerkennt – führen demnach meistens nicht mehr zu einem messbaren Anstieg an Todesopfern, da sie zumindest dem Anspruch nach die Folgen für die Bevölkerung so gering wie möglich zu halten suchen.

Sanktionen der USA – und der EU-Staaten – zielen dagegen häufig ganz explizit darauf ab, mit einer Verschlechterung der Lebensbedingungen den Sturz missliebiger Regierungen zu forcieren oder diese zumindest wachsendem Druck seitens der Bevölkerungen auszusetzen, ihr Verhalten zu ändern.

Zudem seien USA und EU mit ihrer wirtschaftlichen Macht sowie mit dem Gewicht ihrer Währungen in der Lage, durch Sanktionen ökonomische Flurschäden hervorzurufen.

„Sie sind diesen Preis wert“

Die von The Lancet wiedergegebene Untersuchung bestätigt damit umfassend, was Experten schon lange aufgrund von Fallbeobachtungen und einzelnen Recherchen für gesichert halten: dass Sanktionen in den Bevölkerungen der betroffenen Länder verheerende Folgen hervorrufen, unter Umständen sogar verheerendere Folgen als ein Krieg. Für die Sanktionen, die 1990 gegen den Irak verhängt wurden, ist etwa belegt, dass sie den Kalorienverbrauch pro Tag und Kopf der Bevölkerung von 3.120 im Jahr 1989 auf 1.093 im Jahr 1995 einbrechen ließen. Der Gesundheitsetat des Irak musste sanktionsbedingt auf ein Zehntel seines einstigen Betrags gekürzt werden. Der Zusammenbruch der Trinkwasserversorgung begünstigte eine Ausbreitung von Krankheiten wie Cholera.

Die damalige UNICEF-Direktorin Carol Bellamy konstatierte 1999: „Hätte die erhebliche Abnahme der Kindersterblichkeit in den 80ern in den 90er Jahren angehalten, so wären insgesamt eine halbe Million weniger Todesfälle in den acht Jahren von 1991 bis 1998 bei Kindern unter fünf Jahren zu verzeichnen gewesen.“^[3]

1996 erklärte US-Außenministerin Madeleine Albright auf die Frage, ob die politischen Ziele den Tod von schon damals einer halben Million Kinder (unter und über fünf Jahren) „wert“ gewesen seien: „Wir denken, dass sie diesen Preis wert sind.“^[4]

„Not macht mutig“

Katastrophale Auswirkungen auf die Bevölkerung hatten auch die Sanktionen, die USA und EU während der Herrschaft von Bashar al Assad gegen Syrien verhängt hatten. Indem sie den Finanz- und den Transportsektor trafen, verhinderten sie faktisch die Einfuhr unter anderem von Lebensmitteln und Medikamenten, die weder bezahlt noch ins Land gebracht werden konnten. Wie eine im Juli 2022 an der renommierten Tufts University in Boston publizierte Studie feststellte, schädigten die Sanktionen auch die

syrische Landwirtschaft:

Weder Düngemittel noch Pflanzenschutzmittel oder landwirtschaftliches Gerät durften nach Syrien importiert werden.

^[5] Die Finanzsanktionen erschwerten zudem Rücküberweisungen von im Ausland lebenden Syrern an ihre Verwandten im Land – eine wichtige Einkommensquelle – erheblich. Die Sanktionen trugen in hohem Maße dazu bei, dass die Lebensbedingungen nach dem Ende des offenen Krieges in mancher Hinsicht sogar noch schlechter wurden. So teilte das *World Food Programme (WFP)* Anfang 2023 mit, der Preis für einen Standard-Nahrungsmittelkorb habe sich von Oktober 2019 bis Oktober 2022 um den Faktor 15 verteuert; in Syrien sei der Hunger stärker denn je seit Kriegsbe-

ginn.^[6] Zur Stoßrichtung der Sanktionen hieß es im Jahr 2020 bei der öffentlich-rechtlichen Tagesschau mit Blick auf etwaige Hungerrevolten: „*Armut und Not machen Syrer mutig*“.^[7]

Vor der Hungersnot

Nach dem Sturz der Regierung unter Präsident Al Assad haben die westlichen Staaten ihre Sanktionen aufzuheben begonnen. Das islamistische Regime unter Ahmed Al Sharaa ist zwar in Massaker an mehr als 1.500 Angehörige der alawitischen Minderheit und in mörderische Gewalt gegen Drusen involviert, die ebenfalls mehr als tausend Menschen das Leben kostete, ist aber bereit, sich außenpolitisch dem Westen unterzuordnen^[8].

Unverändert mit Sanktionen belegt ist etwa Afghanistan. Zur Lage dort erläuterte bereits im Februar 2023 der Afghanistan-Experte Conrad Schetter, die Wirtschaft des Landes sei „*aufgrund der internationalen Sanktionen ... zum Erliegen gekommen*“.^[9] Inzwischen lebten „*97 Prozent der Menschen*“ in Afghanistan „*unter der Armutsgrenze*“; der Großteil der Bevölkerung sei „*direkt von humanitärer Hilfe abhängig*“. „*Wenn diese Hilfen wegfielen, würde eine dramatische Hungersnot drohen*“, warnte Schetter bereits damals. Die Trump-Administration hat nun ihre humanitäre Hilfe gekürzt; auch EU-Staaten haben dies begonnen. Die westlichen Sanktionen allerdings dauern an.

Fußnoten: siehe Anhang in Online-Fassung

Weiterführende Infos zur Sanktionspolitik

Arsenal des Faustrechts - Wirtschaftsblockaden, Menschenrechte und der Widerstand des Südens

Joachim Guillard - IMI-Studie 2024/4, Humanitäre und völkerrechtliche Kritik – Rolle der UNO - Widerstand des Südens und multipolare Entwicklung
<https://www.imi-online.de/2024/05/24/arsenal-des-faustrechts/>

Sanktionen & einseitige Zwangsmaßnahmen

- Auswirkungen und völkerrechtliche Grenzen

AG Sanktionen der IALANA – Vereinigung für »Friedensrecht« in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle Wissenschaft und Frieden e.V. (IWIF)
Dossier - erschienen als Beilage zu W&F 2/2024
<https://wissenschaft-und-frieden.de/dossier/sanktionen-und-einseitige-zwangsmassnahmen/>

UNO-Mitgliedsstaaten: 100-mal mehr Ausgaben für Militarisierung als für das gesamte UN-System

Die Vereinten Nationen, die mit einer Liquiditätskrise konfrontiert sind, drohen mit der Entlassung von etwa 20 Prozent ihrer weltweit geschätzten 37.000 Mitarbeiter: Ein Schritt, der sowohl in New York als auch in Genf zu weit verbreiteten Protesten der Gewerkschaften geführt hat.“ [...]

Es steht außer Frage, dass die UNO reformiert und effizienter gestaltet werden sollte. Aber in wessen Interesse liegt es, die UNO zu zwingen, noch ärmer und machtloser zu werden?

Die weltweiten Militärausgaben erreichten im Jahr 2024 die Rekordsumme von 2.718 Milliarden Dollar. Das entspricht einem realen Anstieg von 9,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr und stellt den stärksten Anstieg seit mindestens dem Ende des Kalten Krieges dar, wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI gerade mitgeteilt hat.

Keine Reaktion! Keine Empörung!

Hier sind die wichtigsten Fakten zum Haushalt der Vereinten Nationen:

Die Generalversammlung hat für 2025 einen Haushalt von 3,72 Milliarden Dollar für die Vereinten Nationen genehmigt. Der reguläre Haushalt der UN finanziert die Kernverwaltungskosten der Organisation, darunter die Generalversammlung, den Sicherheitsrat, das Sekretariat, den Internationalen Gerichtshof, besondere politische Missionen und Menschenrechtsorgane.

Der größte Einzelposten sind die Ausgaben für (UN-)Friedenssicherungseinsätze, die sich über alle Organisationen hinweg auf 9 Milliarden US-Dollar belaufen (7,9 Milliarden US-Dollar für das DPKO – Department of Peacekeeping Operations). Ein Großteil der übrigen Mittel wird für humanitäre Hilfe (zum Beispiel 4,5 Milliarden US-Dollar für das Welternährungsprogramm, 3,2 Milliarden US-Dollar durch den Hohen Flüchtlingskommissar oder 2,3 Milliarden US-Dollar für UNICEF, dem Kinderhilfs-

werk) oder für Entwicklungsprogramme (zum Beispiel 5 Milliarden US-Dollar für das UN-Entwicklungsprogramm) ausgegeben. Insgesamt werden 14,9 Milliarden US-Dollar für humanitäre Hilfe und 12 Milliarden US-Dollar für Entwicklungsprogramme aufgewendet. Mehr dazu hier.

Somit belaufen sich die wesentlichsten Ausgaben auf rund 31 Milliarden US-Dollar: 4 + 15 + 12 für alle Aktivitäten der Vereinten Nationen auf unserem Planeten.

Damit verfügt die UNO über 1,1 Prozent der weltweiten Militärausgaben, um Gutes zu tun.

Anders ausgedrückt geben die UN-Mitgliedstaaten 100-mal mehr für Rüstung und Krieg aus als für das gesamte UN-System. Darüber hinaus untergraben die USA, einer der größten Beitragszahler zum UN-Haushalt, die UN, verlassen ihre Organisationen und kürzen ihre Beiträge. [...]

Quelle: *Transnational Foundation & Jan Oberg / Presenza – 13.8. / 24.8.2025*

Rechtsentwicklung, Militarisierung, Sozial- und Demokratieabbau

von Ulrike Eifler Gewerkschaftssekretärin



Vortragstext von der Sommerakademie des Netzwerkes „Was tun?!“ am 12. Juli 2025 in Bielefeld

Militarisierung bedeutet eben nicht nur, Unsummen für Rüstung auszugeben und dafür den Sozialstaat zu kürzen, sondern eine Politik offener Kriegsvorbereitung zu betreiben und damit diese Gesellschaft umzubauen.

Diese Politik ist ein frontaler Angriff auf die arbeitenden Klassen, der sich auf mehreren Ebenen vollzieht.

Erstens: Die Umverteilung von unten nach oben wird in der Zeitenwende weiter voranschreiten, und die Armut wird zunehmen.

Über diese verteilungspolitische Binse, dass jeder Euro, der in den Rüstungshaushalten versenkt wird, für gute Bildung, für eine ausfinanzierte Kindergrundsicherung, für eine funktionierende Daseinsvorsorge oder für den ökologischen Umbau der Industrie fehlt, ist eigentlich offensichtlich.

„Zeitenwende“ verändert Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit

Deshalb komme ich gleich zur **zweiten Ebene** - die Zeitenwende verändert das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit.

In einer gesellschaftlichen Atmosphäre aus realen Deindustrialisierungserfahrungen, Inflation, Sozialabbau und Rechtsruck entsteht ein Klima des Verzichts, das nicht Rückenwind für die Forderungen der Gewerkschaften nach

Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen mit sich bringt, sondern im Gegenteil: Es ist Rückenwind für die Forderungen der Arbeitgeber nach Lohnverzicht, Arbeitszeitverlängerungen und Abweichungen vom Flächentarifvertrag.

Dabei kommt auch gewerkschaftliche Tarifpolitik unter Druck.

Und trotz der guten Tarifabschlüsse der Gewerkschaften insgesamt in den Jahren 2022 und 2023 stellte das WSI im letzten Jahr fest, dass sich die durchschnittlichen Tariflöhne in 2024 auf dem Niveau von 2016 bewegten.

Militärischer Umbau der Daseinsvorsorge

Drittens: Der militärische Umbau der Daseinsvorsorge ist die Unterordnung von öffentlichen Versorgungsleistungen unter die Logik des Militärischen und führt zu erheblichen Einschränkungen für die Bevölkerung.

So steht im Postrechtsmodernisierungsgesetz, das im Juli des letzten Jahres in Kraft trat, dass im Spannungsfall die Postbeförderung nur noch kriegswichtigen Personen und Institutionen vorbehalten ist.

In der Schule erleben wir schon jetzt, dass eine umfassende Bildung und Körperertüchtigung der Vorbereitung auf den Dienst an der Waffe weichen wird, wenn man beispielsweise bedenkt, dass durch das Bundeswehrförderungsgesetz Lehrer dazu verpflichtet werden, Soldaten in den Unterricht einzuladen, dass offen darüber diskutiert wird, im Sportunterricht den Weitwurf mit Handgranatentrappen zu trainieren oder dass Schüler - wie an der Leipziger Humboldtschule geschehen - Schulverweise bekommen, weil sie zur Kriegsdienstverweigerung aufrufen.

Aber auch im Bereich der Transport- und Verkehrswege könnte im Spannungsfall die Versorgung der breiten

Bevölkerung erheblich eingeschränkt sein.

Grundlage ist das sogenannte Verkehrssicherstellungsgesetz von 1965.

Darin wird die Deutsche Bahn dazu verpflichtet, eine bestimmte Verkehrsleistung für die Bundeswehr bereitzuhalten.

Im niederländischen Fernsehen lief kürzlich eine Reportage über die „Drehscheibe Deutschland“, in der der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Marcel Bohnert, sagte, dass bei einem Spannungsfall an der Ostflanke über mehrere Monate unser Autobahn-, Schienen- und Hafennetz belegt sein wird, weil mehrere hunderttausende alliierte Truppenverbände und mehrere zehntausend Gefechtsfahrzeuge von West nach Ost einmal quer durch Deutschland geleitet werden müssen.

Besonders gut lässt sich die Einschränkung der Daseinsvorsorge aber im Gesundheitswesen erkennen, wo seit drei Jahren die zivilmilitärische Zusammenarbeit mit Hochdruck vorangetrieben wird.

Das geht auch aus dem Grünbuch hervor, dass die Bundesregierung Anfang des Jahres veröffentlichte; hier wird im Falle eines Krieges mit 1.000 verletzten Soldaten pro Tag gerechnet, die auch in zivilen Krankenhäusern versorgt werden sollen.

Die medizinische Versorgung von Lungenentzündungen, Herzinfarkten, Schlaganfällen oder Krebserkrankungen dürfte weiter darunter leiden.

Im Grünbuch wird bereits darauf hingewiesen, dass man die Bevölkerung darauf vorbereiten müsse, dass sie Einschränkungen hinnehmen müssen.

Ökologische Zerstörungen werden beschleunigt

Die **vierte Ebene** ist die ökologische Zerstörung, die sich durch den Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungskurs der Bundesregierung beschleunigen wird.

Beim Abfeuern von Geschossen und Marschflugkörpern und beim Einsatz

von Militärflugzeugen, Panzern, Kampfjets oder Militärschiffen werden enorme CO2-Emissionen freigesetzt.

Der niederländische Klimaforscher Lennard de Klerk hat errechnet, dass der Ukraine-Krieg allein im ersten Jahr 120 Millionen Tonnen CO2-Äquivalente ausgestoßen.

Werden solche Emissionsquellen nicht abgeschaltet, lässt sich die Erderhitzung nicht stoppen.

Aufrüstung schränkt die Demokratie ein

Und **Fünftens:** Aufrüstung führt zu einer Einschränkung der Demokratie.

Die Bundesregierung hat die alte Notstandsgesetzgebung wieder hervorgeholt und so verändert, dass sie erleichtert anwendbar ist.

Teil des „Artikelgesetzes zur Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft“ ist beispielsweise das Arbeitssicherstellungsgesetz, dass die Sicherstellung der Arbeitsleistung auch im Spannungsfall regelt.

So können Beschäftigte, deren Tätigkeit der Versorgung der Bundeswehr oder verbündeten Streitkräften dient, Beschäftigte in Betrieben, die Militärausrüstung oder die entsprechenden Dienstleistungen erbringen und Beschäftigte in Forschungsbereichen, soweit sie militärisch forschen, zur Sicherstellung ihrer Arbeitsleistung verpflichtet werden.

Für uns Gewerkschaften heißt das: Es wäre ein Trugschluss zu glauben, wir könnten in den Betrieben die Mitbestimmung ausweiten, während die Gesell-

schaft immer autoritärer wird.

Das zeigt sich an den Ausführungen Manfred Webers, dem Fraktionsvorsitzenden der Konservativen Parteien im Europäischen Parlament.

Er forderte vor einigen Wochen, die Wirtschaft in Europa auf Kriegswirtschaft umzustellen - notfalls mit Mehrheiten von rechts.

Weber führte auch aus, was Kriegswirtschaft bedeutet, „dass die Rüstungshersteller künftig am Wochenende im Schichtsystem arbeiten und Unternehmen, die bisher Industriegüter für zivile Zwecke hergestellt haben, künftig Waffen produzieren werden“.

Das heißt, geht es nach Weber, dann entscheidet der Staat über die wirtschaftliche Ausrichtung eines Unternehmens und der Staat entscheidet auch über die Genehmigung von Mehrarbeit.

Was tun?

Erstens: Ein Bewusstsein für die Widersprüche der herrschenden Klasse und herrschenden Politik entwickeln.

Sie können keinen Krieg führen, wenn die Menschen gegen Sozialabbau und Arbeitszeitverlängerung auf die Straßen gehen.

Deshalb Bedrohungslüge - sie versuchen uns in ihren Kriegs- und Aufrüstungskurs zu integrieren - das ist ihre Achillesferse!



So erschien am 9. Juli 1944, als die Niederlage der Wehrmacht bereits nicht mehr aufzuhalten war, die nationalsozialistische Wochenzeitung Das Reich mit der Schlagzeile „Kriegstüchtig wie nur je“. Der Leitartikel aus der Feder von Propagandaminister Joseph Goebbels beschwört die „Kriegstüchtigkeit“ Deutschlands und verlangt, alle Kräfte der „Nation“ für den „Sieg“ zu mobilisieren. (Quelle: wsw.org / 13.11.2023)

Zweitens: Verstehen, dass Kriege die schärfste Form kapitalistischer Klassenspaltung ist und mit enormen Klassenangriffen einhergeht und deshalb als Klassenauseinandersetzung beantwortet werden muss

Wir müssen uns über die Stärke unserer Klasse im Klaren sein.

Es waren streikende Arbeiter, die den ersten Weltkrieg beendet hatten, weshalb vor dem Zweiten Weltkrieg die Bereitschaft des Bürgertums zur Zusammenarbeit mit faschistischen Kräften wuchs.

Klassenverankerung, innerhalb der Klasse entschiedenster Gegner gegen Krieg.

Drittens: Die Menschen für eine Idee gewinnen, die über die Grenzen des Kapitalismus hinausweist. - - Sozialismus oder Barbarei!

Brüssel: Bodenpersonal verweigert Abfertigung von Flügen nach Tel Aviv

Obwohl der Völkermord in Gaza unvermindert weitergeht, kehren westliche Fluggesellschaften zum „Business as usual“ zurück und nehmen ihre Flugdienste nach Israel wieder auf – so als wäre und würde nichts geschehen. Lufthansa schreibt: „Die Wiederaufnahme des Flugbetriebs nach Tel Aviv ist ein Zeichen für die Stabilisierung der Situation an diesen Destinationen.“ Die Airlines wollen ihre Einbußen, die ein Stopp verursacht, schnellstmöglich beenden. Es geht schließlich um Profite.

Der israelische Staat, der fortlaufend Menschenrechtsverbrechen von unvorstellbarem Ausmaß begeht, kann ohne Konsequenzen ungestört seinen Geschäften nachgehen. Kriegsverbrecher und ihre Partner können ungehindert

reisen, ihre Netzwerke pflegen und der Warenaustausch, auch von militärischen Gütern, kann wieder beschleunigt stattfinden.

Weltweit haben Hafentarbeiter:innen schon seit längerem die Verladung von Waffen und militärisch nutzbaren Komponenten behindert. Nun weigert sich auch an einzelnen Flughäfen das Bodenpersonal, Waren generell und auch Personen von und nach Israel abzufertigen. [...]

Die belgischen Kolleg:innen verlangen, dass niemand gezwungen wird, Gepäck oder Fracht für Flüge von und nach Israel zu bearbeiten. In einer gemeinsamen Erklärung riefen die Gewerkschaften zudem dazu auf, die Route ganz auszusetzen – „bis der Genozid im Gazastreifen und im Westjordanland beendet ist!“. [...]

Quelle: Gewerkschaftliche Linke Berlin – 17.8.2025

Orwell in Israel

von Moshe Zuckermann

Israelischer Neusprech: Von der Umbenennung eines geplanten Konzentrationslagers in eine "humanitäre Stadt".

Der israelische Verteidigungsminister Israel Katz hat eine Idee: Er will (im Einvernehmen mit dem Premierminister) eine "humanitäre Stadt" im Gazastreifen errichten. Es handelt sich um ein Gelände im Rafah-Bezirk des Gazastreifens, auf welchem rund 600.000 Palästinenserinnen und Palästinenser in Zelten "konzentriert" werden und "humanitäre Hilfe" erhalten sollen. Die Hamas wird an dieser Versorgung nicht beteiligt sein, womit sie die Kontrolle über die Versorgung verlieren würde. Parallel dazu soll ein "Mechanismus zur Förderung der Emigration aus dem Gazastreifen" errichtet werden. Die in diese "humanitäre Stadt" einziehenden Menschen werden strengstens untersucht werden; danach wird ihnen das Verlassen der "Stadt" versagt bleiben, es sei denn, sie wollen "freiwillig" emigrieren.

Menschenrechtsorganisationen haben darauf hingewiesen, dass es sich um eine "aufoktroierte Evakuierung" handeln könnte, die dem Völkerrecht widerspreche. Juristen haben zu bedenken gegeben, dass eine solche Anweisung zur Konzentration der Gaza-Bevölkerung einen eindeutig rechtswidrigen Befehl darstelle, dessen Verwirklichung als Kriegsverbrechen bzw. Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzustufen sei; sie könnte unter gewissen Umständen zum Völkermord ausarten.

Ist die „humanitäre Stadt“ ein Konzentrationslager?

Man ist in der Tat an einen Orwell'schen Neusprech gemahnt, bei dem "humanitäre Stadt" die Realität eines Ghettos im noch besten, *Konzentrationslager* im wirklichkeitsnäheren Fall verdecken soll. Aber nichts kann mehr wirklich verdeckt werden. Israels politische Klasse, seine Armee (man erinnere sich: "die moralischste Armee der Welt"), aber auch der allergrößte Teil der israelischen Bevölkerung haben mit humanem Gefühl den Palästinensern gegenüber, geschweige denn mit humanitärer Hilfe, ungefähr so viel gemein, wie Ne-



Bild KI-generiert

tanjahus Neigung, nicht zu lügen, oder das Streben der Kahanisten nach Frieden mit Arabern.

Die Regierungskoalition will den "totalen Sieg", was letztlich auf nichts anderes hinausläuft, als auf die Verwüstung aller Lebensgrundlagen des Gazastreifens und die systematische Verwandlung seines Territoriums in einen "Parkplatz" (zumindest ein Teil der Koalition mit der alt-neuen Ambition einer *jüdischen* Neubesiedlung des Landstrichs).

Die Armee vollstreckt die Pläne der Regierung (die primär auf den Zweck schierer Machterhalts ausgerichtet sind) mit solch lustvoller Verve, dass sie jetzt schon eine Unmasse an Kriegsverbrechen angehäuft hat, von denen zu erwarten steht, dass sie den Internationalen Gerichtshof künftig massiv beschäftigen werden.

Das Gros der israelischen Bevölkerung ist zwar kriegsmüde, auch besorgt um das Schicksal der Geiseln in Gaza, aber für die katastrophale Lage im Gazastreifen bringt es keinen Deut des Mitgefühls auf, ist mithin für die palästinensische Leiderfahrung blind und möchte auch blind bleiben.

Daher gibt es auch keine Demonstrationen gegen den Krieg, keinen Protest gegen das unmenschliche Vorgehen des Militärs gegen die Zivilbevölkerung Gazas, kein Anzeichen des Schocks über eine Praxis, die ja immerhin im Namen der israelischen Bürger und Bürgerinnen vollzogen wird. Von der Rolle, die die parlamentarische Opposition und die Medien in dieser finsternen Wirklichkeit spielen, sei hier geschwiegen. Mit winzigen

Ausnahmen gehört sie zum zivilgesellschaftlich Schändlichsten, was dieser Krieg zeitweilig hat.

Verwundern kann das freilich nicht: Es ist integraler Bestandteil des Untergangs der letzten Reste der israelischen Demokratie, der mittlerweile einem kollektiven politischen Selbstmord gleichkommt. Es werden noch Jahre vergehen, ehe man in der Lage sein wird, sich darüber historische Rechenschaft abzulegen, inwieweit das aktuell kollabierende das Resultat von Strukturen ist, die schon sehr lange in Israels Gesellschaft und Politik angelegt waren.

Aber die eklatante Lüge der "humanitären Stadt" birgt noch eine weitere Dimension israelischer Realität in sich. Als ich vor rund 25 Jahren darüber zu sprechen begann, dass sich der Zionismus in eine Sackgasse manövriert habe, wurde ich stets von Leuten aus dem Publikum gefragt, ob abgesehen von der verunmöglichten Zweistaatenlösung und der von keiner Seite gewollten Einstaatenlösung es nicht auch die reale Möglichkeit gebe, dass Israel einen massiven Transfer der palästinensischen Bevölkerung in Gang setzen werde, um so das "palästinensische Problem" endgültig zu "lösen".

Vorschläge dieser Art hatte es ja in der Vergangenheit gegeben, und zwar nicht nur in Form der schäumend-echauffierten Androhung Meir Kahanes, sondern auch in der "moderateren" Form des Angebots zum "freiwilligen Bevölkerungstransfer" des Führers der Moledet-Partei, Rehavam Ze'evi, bzw. Avigdor Liebermans, Vorsitzender der Partei Yisrael Beiteinu.

Ich pflegte damals stets zu antworten, ich sehe diese Möglichkeit nicht, weil sie die arabischen Staaten und die UNO auf keinen Fall zulassen werden, vor allem aber, weil ich der unumstößlichen Überzeugung war, dass wenn es dazu käme, die meisten BürgerInnen Israels sich massiv dagegen stellen werden (*“Notfalls wird man sich vor die Lastwagen legen“*, war damals das pathosgefüllte Bild, das ich heraufbeschwor).

Ich habe mich geirrt, muss meine damalige Einschätzung korrigieren. Die Apathie, mit der heute die Idee der *“humanitären Stadt“* samt der ihr innewohnenden Möglichkeit des Bevölkerungstransfers und der ethnischen Säuberung wahrgenommen wird, indiziert die realere Möglichkeit eines entgegengesetzten Bildes.

Der israelische Rassismus und die Dehumanisierung der Palästinenser

Dieser Eindruck beruht nicht nur auf Spekulation. Schon heute werden in Gaza täglich Dutzende von Zivilisten getötet, teilweise gerade solche, die gekommen sind, um nötige humanitäre Hilfe zu empfangen. Dies gesellt sich zur Gleichgültigkeit, mit der in Israel die Politik des Aushungerns der Gaza-Bevölkerung, mithin der Tod von unzähligen Kindern und deren Mütter, registriert wird.

Gängiger Spruch: *“Das haben sie sich am 7. Oktober selbst eingehandelt“* und *“In Gaza gibt es keine Unbeteiligte – alle sind Terroristen, einschließlich der Kinder, die ja allesamt potentielle Terroristen sind“*.

Die Regierung reitet auf der israelischen *“Höhe der Zeit“* – vieles wird zwar an ihr kritisiert, viele hassen Netanjahu, aber was in Gaza verbrochen wird und was gegen die dortigen Menschen an völkerrechtswidrigen Verbrechen geplant wird, lässt die allermeisten Israelis kalt. Das Bedürfnis nach Rache und der Durst nach Vergeltung sind offenbar noch nicht versiegt. Der israelische Rassismus und die ihr verschwisterte übergreifende Dehumanisierung der Palästinenser feiern Urständ.

Zurück zur *“humanitären Stadt“*, die eben nicht das ist, was sie benennt, sondern ein Ghetto bzw. ein Konzentrati-

onslager.

Das Problem besteht für die meisten jüdischen Israelis nicht darin, dass man so etwas überhaupt als Idee aufbringt oder auch schon plant, sondern dass man diese als solche hingenommene Realität so benennt.

Ein Problem der Nomenklatur. Denn Ghettos und Konzentrationslager kodieren in Israel etwas, das sich jeglichem Vergleich entzieht. KZs gehören zur Gedenkerbschaft der Shoah, und diese ist singulär, darf mit nichts verglichen werden.

Nun weiß man ja: Der Holocaust, der einen weltgeschichtlichen Maßstab für die Kennzeichnung des permanenten Potentials eines menschlichen Rückfalls in die Barbarei im Sinne einer durch Erinnerung gewährleisteten Mahnung setzen sollte, erfüllt diese Funktion längst nicht mehr.

Es ist schwer bestimmbar, inwiefern diese Entwicklung mit dem objektiven Unvermögen, eine gültige Repräsentation der Shoah herzustellen, zusammenhängt, aber es dürfte klar sein, dass die nun mal entstandenen Repräsentationen, besonders aber die Kontexte, in denen und für die sie entstanden sind, sich vornehmlich ideologisch auswirken.

Nazi-Vergleiche ?

Die Frage, die sich hier stellt, ist daher nicht, ob die *“humanitäre Stadt“* Israels dem deutschen KZ in der Shoah gleichzustellen sei, sondern wie es überhaupt dazu kommt, dass sich eine derartige Assoziation einstellt.

Von selbst versteht sich, dass trotz des Paradigmas eines *“Jahrhunderts der Lager“* (Zygmunt Bauman) nicht jedes Lager gleich KZ-Charakter trägt. Aber die unwillkürlich sich einstellende Assoziation des KZs bei *“humanitärer Stadt“* hat in erster Linie damit zu tun, dass jene, die sich diese *“Stadt“* ausgedacht haben, und deren Idee sich zumindest im Hinblick auf ihr eigentliches Ziel durchaus mit der KZ-Assoziation vereinbaren lässt, Juden sind.

Und zwar im Fall des israelischen Ministers Israel Katz sogar der Sohn von Shoah-Überlebenden.

Über Jahrzehnte hat sich die Schutzbehauptung ideologisch aufgebaut, dass Juden nicht zu dem fähig seien, was ihnen durch die Nazis widerfahren ist. Das stimmt, aber nur bedingt. Wohl wahr, Israelis haben keine Vernichtungslager im NS-Maßstab errichtet, in denen industrieller Völkermord betrieben wird; aber einen vergleichbaren Vernichtungswillen haben sie sehr wohl artikuliert, und zwar nicht nur in den Massenmedien, sondern auch im israelischen Parlament.

Die Idee des Aushungerns und der totalen Vernichtung sowie die systematisch prästabilisierte Dehumanisierung der Auszurottenden entstand nicht im luftleeren Raum; der fruchtbare Boden dafür stand schon bereit.

Aber selbst, wenn man den Vergleich mit den Nazis scheut, stellt sich immer wieder die verstörende Frage: Was ist es, das die Israelis immer wieder zu Praktiken treibt, die die Assoziationen zum historisch Monströsen aufkommen lassen?

Die israelische Antwort darauf, derzufolge die Behauptung als solche nicht stimme und auf Antisemitismus beruhe, hat noch nie ausgereicht, aber mittlerweile hat sie ihre ehemals vielleicht noch vertretbare Berechtigung endgültig verwirkt. Auch die Behauptung, dass die israelische Radikalisierung mit der ideologischen Verdinglichung des Sicherheitsproblems und der Fetischisierung der militärischen Überlegenheit zusammenhänge, reicht nicht zur Erklärung besagter Maßlosigkeit aus.

Die gesteigerte Lust an der Zerstörung und am Töten unter dem Vorwand des *“Rechts auf Selbstverteidigung“*, wobei man sich der Dehumanisierung jener befließigt, vor denen man sich zu *“verteidigen“* gezwungen sieht, indiziert eher, dass man etwas an sich selbst zu verschleiern trachtet, so eben, wie man etwas zu verdecken intendiert, indem man ein Konzentrationslager zur *“humanitären Stadt“* werden lässt. Eine eindeutige Antwort auf obige Frage gibt es nicht.

Der Beitrag erschien am 19.7.2025 im Overton-Magazin

Schon gehört? Deutschland hilft Gaza ...

von Renate Dillmann

eventuell ein wenig beeindruckt werden könnten, darf bei dieser fabelhaften Inszenierung nicht stören – wird in den Nachrichten also besser gar nicht erst thematisiert.

Nur um noch einmal an die Ergebnisse von Israels „Krieg“ zu erinnern: Mehr als 60.000 Tote in Gaza (UN-Angaben), davon zwei Drittel Frauen und Kinder, die Angriffe auf sämtliche 36 Krankenhäuser (9 komplett, 25 teilweise zerstört) und die Ermordung von Ärzten und medizinischem Personal, die gezielte Tötung von Journalisten, die Vernichtung von mehr als 90 Prozent der Häuser in Gaza, die mehrmalige Vertreibung der Bevölkerung von Nord nach Süd und zurück „wie Ratten in einem Käfig hin- und hergetrieben, terrorisiert und von lebensnotwendiger Versorgung abgeschnitten“ und inzwischen das gezielte Abknallen der Hungernden an den von Israel installierten Lebensmittel-Ausgabestellen (bislang mehr als 1.300 Tote).

Das alles wurde in den deutschen Leitmedien mehr als anderthalb Jahre lang als bedauerlicher, aber unumgänglicher Kollateralschaden bei der Bekämpfung der Hamas vorstellig gemacht. Kritik an Netanjahu bzw. der „humansten Armee der Welt“ durfte nur aus der israelischen Gesellschaft kommen – als Beschwerde darüber, dass bei diesem gerechten Krieg die Geiseln nicht vergessen werden dürften. „Israelbezogene“ Kritik in Deutschland dagegen wurde per definitionem als „Antisemitismus“ eingestuft und auf allen nur denkbaren Ebenen – in den Medien, der Kunst- und Kulturszene, den Hochschulen, bei Demonstrationen – und mit allen Mitteln – durch Diffamierung, dem Entzug von Jobs, finanziellen Mitteln oder Räumen (selbst für die UN-Beauftragte für Gaza, Francesca Albanese) oder mit strafrechtlichen Konsequenzen – verfolgt.

Der außenpolitische Kern der PR-Aktion

Warum nun dieser Schwenk der deutschen Außenpolitik? Die verhun-

gernden Kinder werden es wohl kaum sein. So etwas halten gestandene Politprofis einer Mächtegegnern-Weltmacht schon aus, schließlich hungern aktuell 757 Millionen in ihrer wert- und regelbasierten Weltordnung. Dass jetzt überall die Bilder des Gaza-Elends kursieren, ist allerdings nicht schön – das macht einfach keinen guten Eindruck. Das zeigen die zitierten Umfragewerte, auch wenn eine deutsche Regierung schon in einigen Fällen prima damit leben konnte, dass ihre Bevölkerung etwas anderes wünschte. Der Afghanistan-Krieg etwa fand über zwanzig Jahre hinweg nie eine Zustimmung bei der Mehrheit der Bürger.

Insofern stört aber am Fall Gaza wohl vor allem, dass sich die deutsche Regierung mit ihrer Israel-Politik in eine außenpolitische Isolation hineinmanövriert hat. Und das, ohne dass ihr diese unverbrüchliche Freundschaft im Moment viel bringt, ihr etwa ein Mitspracherecht im Nahen Osten verschafft. Das demonstrieren sowohl Trump als auch Netanjahu sehr deutlich.

Anerkennung und Unterstützung Israels war für die junge Bundesrepublik nach Weltkrieg 2 und Holocaust die Wieder-Eintrittskarte in die internationale Politik. Die Vergangenheitsbewältigung, derer sich Deutschland heute rühmt, konnte die Adenauer-Republik dank Kaltem Krieg dabei einigermaßen schlank halten. Die kommunistischen Opfer im Innern und die der Sowjetunion mit ihren 27 Millionen Kriegstoten blieben außen vor; Entschädigungen und finanzielle Hilfen für den Staatsaufbau gingen allein nach Israel (erst später, als die meisten ehemaligen Zwangsarbeiter aus dem Osten bereits tot waren, gab es noch etwas Geld für sie).

Merkel überhöhte diese politmoralische Linie mit ihrer Aussage, Israel sei „Teil der deutschen Staatsraison“. Das hieß seitdem: bedingungslose diplomatische Unterstützung durch Deutschland und kontinuierliche Waffenlieferungen.

Daran hielt die deutsche Politik



Würdigen wir zunächst kurz die Flexibilität unserer Leitmedien. Gaza verhungert? Immer mehr entsetzliche Bilder, die auch durch den steten Verweis auf den Kampf gegen die „radikal-islamistische Hamas“ nach ihrem „terroristischen Überfall“ offenbar nicht so verdaut werden wie erwünscht? 74 Prozent der Deutschen haben sich in einer repräsentativen Umfrage dafür ausgesprochen, dass die Bundesregierung Israel unter Druck setzt, damit der Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung endet.

Die besorgten Bürger können sich in ihren Fernsehsesseln zurücklehnen, denn nun kämpfen Deutschland, seine Politiker und seine Armee gegen den drohenden Hungertod der Palästinenser – so soll man sich das jedenfalls zusammen mit Tagesschau-Sprecherin Susanne Daubner und ihrem beruhigenden Lächeln allen Ernstes denken. Auch wenn „die Hilfe“ natürlich keineswegs reicht, Kritiker sie eher für reine Symbolpolitik halten und sogar einige Gefahren von abstürzenden Paletten ausgehen – Meldungen, an denen man sehen kann, dass Kritik im deutschen Fernsehen ganz und gar nicht verschwiegen wird, auch nicht, wenn es um Israel geht.

Gleichzeitig muss – soviel sich der seriöse Tagesschau-Journalismus einfach schuldig – auch vorsichtig mit dem Begriff „Hungersnot“ operiert werden, denn nur weil in Gaza viele Menschen an Hunger sterben, ist das noch längst keine ...

Dass Deutschland den Israelis ungezügelt weiter Waffen für ihre fortlaufende Schlächtereier verschafft (33 Prozent, zusammen mit den USA liefert es für 99 Prozent aller Waffen) und in der EU Sanktionen verhindert, die Israel

nach dem Hamas-Überfall fest, auch wenn sich schnell abzeichnete, dass Israels Premier Netanjahu die Situation ausnutzte, um das „Palästinenser-Problem“ nun ein für allemal zu bereinigen – eine Absicht, die bereits 2018 mit dem Nationalstaatsgesetz und seiner Definition Israels als „jüdischem Nationalstaat“ für alle offen nachlesbar dargelegt wurde und in einer ganzen Reihe diskriminierender Gesetze gegenüber der arabischen Bevölkerung längst praktisch zum Ausdruck kommt.

Inzwischen gibt es eine bei Arte dokumentierte Reihe unmissverständlicher Ankündigungen von Mitgliedern der jetzigen israelischen Regierung zur kompletten Vertreibung der Palästinenser nicht nur aus Gaza, sondern auch aus dem Westjordanland (wo bekanntlich die Hamas nichts zu sagen hat, was aber nicht weiter irritieren soll). Und davon, dass der heutige Horror in Gaza überraschend käme, kann angesichts der Aussage des ehemaligen israelischen Verteidigungsministers Gallant im Oktober 2023 eigentlich keine Rede sein:

„Ich habe eine vollständige Belagerung des Gazastreifens angeordnet. Kein Strom, keine Lebensmittel, kein Gas, alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend.“

Sowohl Scholz wie Merz haben die bedingungslose deutsche Unterstützung auch auf die aktuelle rechtsradikale Regierung und deren Großmachtpläne ausgedehnt. Merz hat den mit internationalem Haftbefehl gesuchten Ne-

tanjahu nach Berlin eingeladen und damit zum Ausdruck gebracht, dass Deutschland das Völkerrecht nur dann gelten lässt, wenn es passt – was man anderen Staaten ansonsten gerne vorwirft, vor allem natürlich Russland und seinem „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in der Ukraine“.

Mit ihrer Position steht die deutsche Außenpolitik allerdings sowohl innerhalb der EU/Westeuropas wie weltweit inzwischen ziemlich alleine da; lediglich die USA handeln ähnlich. Frankreich und England haben sich kürzlich damit ins Gespräch gebracht, dass sie „demnächst“ einen Staat Palästina anerkennen wollen bzw. könnten. Sie versuchen, ihr altes Projekt von der Zwei-Staaten-Lösung und damit ihren Einfluss in der Region zu retten; gleichzeitig wollen sie damit bei ihren verärgerten arabischen Minderheiten ebenso billig punkten wie im Globalen Süden. Dort haben die EU und insbesondere Deutschland wegen ihrer Doppelstandards in Menschen- und Völkerrechtsfragen massiv an Glaubwürdigkeit verloren – das haben ehemalige deutsche Diplomaten öffentlich in Frage gestellt. Innerhalb des Auswärtigen Amtes hat sich Meldungen des Spiegel zufolge eine Gruppe von 130 Kritikern an der gegenwärtigen Israel-Politik gebildet.

Soweit wie Frankreich und England mit ihren ebenfalls eher symbolpolitischen Drohungen will man in Berlin allerdings nicht gehen. Aber etwas Distanz zu Israel muss sein – ein diplo-

matischer „Balanceakt“ also, für dessen Schwierigkeiten die feinfühligere deutsche Presse vollstes Verständnis hat und gespannt mitverfolgt, wie die Regierung das hindeichselt. Ein paar Luftballons über Gaza mit etwas Essen dran, ein paar geheuchelte Sorgen über „die Siedler“ bei einer Ortsbesichtigung im Westjordanland – und gleichzeitig das Versprechen an die Netanjahu-Bande, dass Deutschland weiterhin fest an ihrer Seite steht. Einem Roderich Kiesewetter gelten die bescheidenen Einwände dabei schon wieder als Verrat an der nationalen Linie ...

Soweit die diplomatischen, innenpolitischen und medialen Schachzüge. Gaza verhungert indessen.

PS: Und ja, auch die Geiseln hungern – was natürlich einzig die Schuld der Hamas ist, der „menschlichen Tiere“, denen Israel zu Recht das Essen verweigert. Dieser Skandal soll nun wieder alles andere erschlagen – und laut Netanjahu eine erneute Rechtfertigung für die Besetzung von Gaza darstellen.

PPS: Liebe Arbeiter, wie wäre es damit, keine deutschen Waffen mehr nach Israel zu verladen? Soll es in Italien und Griechenland bereits geben – so die gewerkschaftskritische Basisinitiative „Sagt NEIN!“...

Der Beitrag erschien zuerst am 5.8.2025 bei den Nachdenkseiten.

*Aktuelle Buchveröffentlichung der Autorin: **Medien. Macht. Meinung. Auf dem Weg in die Kriegstüchtigkeit***

Journalisten-Morde in Gaza – die BILD sollte sich schämen

Am Sonntag starben sechs Journalisten bei einem gezielten Angriff auf ein Journalistenzelt in Gaza-Stadt. Darunter der prominente Al-Jazeera-Korrespondent und Pulitzerpreisträger Anas al-Sharif. Gezielt Journalisten zu ermorden, ist ein schweres Kriegsverbrechen, die Kritik an Israels Kriegsführung fällt dementsprechend hart aus. Eine Ausnahme macht dabei einmal mehr die deutsche BILD-Zeitung, die ihren ermordeten Al-Jazeera-Kollegen kurzerhand zum „Terroristen“ erklärte und dabei die von Journalistenverbänden und der UNO kritisierte israelische

Taktik, kritische Journalisten als „Terroristen“ für vogelfrei zu erklären, eins zu eins übernimmt. [...]

Anas al-Sharif wurde 28 Jahre alt. Er war einer der letzten Korrespondenten, die noch regelmäßig aus Gaza berichtet haben. Der Al-Jazeera-Journalist, der selbst im Flüchtlingslager von Dschabaliya geboren wurde, war sicher nicht das, was man in deutschen Journalistenschulen als neutralen Beobachter bezeichnen würde. [...]

Von den 253 getöteten und ermordeten Journalisten in Gaza, die in der Wikipedia aufgezählt sind, sind ganze 234 Palästinenser; nur vier sind Israelis, die von der Hamas bei den An-



Getöteter Journalist soll Terrorist gewesen sein

Israelische Armee behauptet: Er war Hamas-Drahtzieher und arbeitete für Al Jazeera

griffen am 7. Oktober 2023 ermordet wurden. Was in Gaza passiert, soll offenbar in Gaza bleiben und nicht die öffentliche Meinung in Israel oder anderen Staaten „verunsichern“. [...]

Quelle: Nachdenkseiten (Jens Berger) – 12.8.2025



Spitze der Gaza-Demo in Heidelberg am 5.7.2025

Gaza und die Sprachlosigkeit der Kirche

Offener Brief des Forums Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden an die Bischöfin Prof. Dr. Heike Springhart (Auszüge)

Papst Franziskus hatte in den leidenden Menschen von Gaza den „*hungrigen, kranken, fremden, verlassenen, armen und bedürftigen Christus*“ gesehen (Schreiben an die Katholiken im Nahen Osten, 7.10.24)). Unsere Schwestern und Brüder in den kirchenleitenden Ämtern der EKD und ihrer Gliedkirchen scheinen dagegen auf einem anderen Planeten zu leben. Von Ihren Vorgängern in den dreißiger und vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts dürften viele um die deutschen Verbrechen gewusst haben, aber keiner hat mit eigenen Augen gesehen, was in deutschen KZs passierte.

Wir aber, Sie und wir, sind Augenzeugen der Gräueltaten, die sich in Gaza abspielen. Jedoch die Bilder von der gewollten Zerstörung eines menschlichen Lebensraumes, von verhungerten Kindern, die Tatsache, dass israelische Politiker den Rest der Überlebenden vor ihrer erzwungenen „freiwilligen Ausreise“ im Süden des Gaza-Streifens „konzentrieren“ wollen, scheinen nicht mehr als Floskeln folgenloser Betroffenheit auszulösen. [...]

Wir beschränken uns auf Gaza, wissen aber, dass seit Beginn des jetzigen Krieges die Palästinenserinnen und Palästinenser im besetzten Westjordanland verstärkt israelischer Gewalt ausgesetzt sind und auch ihnen Enteignung und Vertreibung droht.

Wir – Sie und wir – müssen umkehren. Dass Schweigen der Kirchenleitungen zum offenkundigen Unrecht desorientiert die Gemeinden; auf die Dauer wird es zu einem weiteren Nagel am Sarge

der Glaubwürdigkeit unserer Kirche werden. Stattdessen wäre es höchste Zeit, die auch in Deutschland noch vorhandenen, am Völkerrecht und den Menschenrechten wirklich orientierten Politiker, Amtsträger und Mitarbeiter in Ministerien mit einem öffentlichen Wort der Kirchen zu unterstützen und zu ermutigen. Diese Erklärung sollte aufrufen

> zum sofortigen Waffenstillstand und zum Rückzug der israelischen Truppen aus Gaza,

> zur Sicherstellung der Versorgung Gazas durch die UNO und ihre Agenturen,

> zur konsequenten und nachhaltigen Umsetzung des Völkerrechts, das auch dem palästinensischen Volk das Selbstbestimmungsrecht zuspricht,

> zur Einstellung aller Waffenlieferungen an Israel, dieser manifesten Beihilfe zum Völkermord,

> zur Aussetzung des Assoziierungsabkommens mit der EU.

Es geht jetzt aber um noch mehr als die Forderung nach einer Politik, die Abhilfe schaffen würde in einer Situation großen Leidens. Dieses Wort der Kirche sollte zu einer öffentlichen Auseinandersetzung mit einer verdrängten Tatsache aufrufen: In Gaza zerstören die USA und ihre Verbündeten, also auch Deutschland, durch Tun oder Lassen unter unseren Augen die ohnehin brüchig gewordene internationale Ordnung – mit nachhaltigen Auswirkungen auf das Leben in der Völkerwelt.

Ein solches Wort wäre noch aus weiteren Gründen von grundsätzlicher Bedeutung. Es machte auch unseren palästinensischen Glaubensgeschwistern wieder Hoffnung. Ihre Klagen über das Leiden unter der israelischen Besatzung und ihr Hilferuf „*Könnt ihr uns helfen unsere Freiheit zurückzugewinnen*“ sind in Deutschland nie wirklich gehört worden. Zur Zeit können sie nicht daran glauben, dass die deutschen Kirchen ihr Bekenntnis zur

einer Kirche Jesu Christi ernst nehmen.

Es geht uns übrigens auch um ein Wort wirklicher Solidarität mit Israel. Wir beklagen alle israelischen Opfer der Auseinandersetzungen seit dem 7. Oktober 2023 und das Leid der Geiseln in der Gewalt der Hamas. Die israelische Politik setzt jetzt aber bedenkenlos das Leben der letzten Geiseln aufs Spiel; nur ein Waffenstillstand könnte sie noch retten. Nur nach einem echten Friedensschluss könnte Israel überleben. In einem Meer von Hass, den es derzeit in der gesamten Region in besonderer Weise schürt, wird es trotz seiner Massenvernichtungswaffen nicht überleben können.

Schließlich werden Israels wirkliche Freunde es daran hindern wollen, seine eigenen moralischen Grundlagen zu zerstören. Dass Israel dabei ist, gerade dies zu tun, meinen übrigens auch Juden weltweit. Wir zitieren aus einer Erklärung von vierhundert Rabbis, für die die Heiligkeit des Lebens, die Gottebenbildlichkeit aller Menschen und die Pflicht, jeden Menschen gerecht zu behandeln, jüdische Grundwerte sind: „*Die Juden sehen sich mit einer schweren moralischen Krise konfrontiert. Diese bedroht die Grundlagen des Judentums als einer ethischen Stimme, die es seit den Tagen der Propheten Israels war. Da dürfen wir nicht schweigen.*“ (The Jewish Chronicle, 31.7.25)

Nebenbei bemerkt: unsere gegenwärtige Sprachlosigkeit hat sicher auch etwas damit zu tun, dass der sogenannte „christlich-jüdische Dialog“, auf den sich unsere Kirchen beziehen, gerade dieses Judentum weitgehend ignoriert. Unsere Kirchen sind eher im Gespräch mit dem Zionismus geblieben, der besonders geschichtsmächtig geworden ist in einer Strömung, die wenig mit dem Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs anfangen konnte, sondern sich im Kern am völkischen Egoismus der europäischen Nationalismen orientiert. [...]

Israelische Menschenrechtsorganisationen zum Völkermord in Gaza

Redaktion Pressenza



Yuli Novak et Guy Salev, directeurs respectifs des organisations israéliennes de défense des droits de l'homme Q'Tselem et Physicians for Human Rights (PHR) dans les bureaux de PHR, à Tel-Aviv, le 24 juillet 2025. LEOEN LUNGRIVA PRESS FOUR - LE MONDE

Am 24. Juli 2025 hat die französische Zeitung Le Monde ein wichtiges Interview aus Gaza gebracht. Yuli Novak und Guy Salev unterstützten den Sonderkorrespondenten der Zeitung in Jerusalem und legten anhand von Beweisen dar, dass „Israel koordinierte Aktionen durchführt, um die palästinensische Gesellschaft in Gaza absichtlich zu zerstören. Mit anderen Worten: Israel begeht Völkermord.“

Die zweisprachige Veröffentlichung des Berichts durch die israelische Organisation B'Tselem und die ebenfalls israelische Organisation Ärzte für Menschenrechte, aber auch das Interview selbst sorgten für viel Aufregung in der israelischen Öffentlichkeit.

Yuli Novak erklärt den Völkermord damit, dass Israel gezielt eine koordinierte Politik verfolgt, die darauf abzielt, die palästinensische Gesellschaft im Gazastreifen zu zerstören. Nach den Beweisen, die die führende Organisation B'Tselem gesammelt und in ihrem Bericht zitiert hat, „[...] wird alles gezielt angegriffen, was ein Mensch zum Leben

braucht, alles, wovon die Gesellschaft abhängt, angefangen bei Wohnungen, Infrastruktur usw. Völkermord ist mehr als nur Massaker. Was wir in Gaza beobachten, ist Teil eines koordinierten und konsequenten Zerstörungsprozesses.“

Guy Salev, der Chef von „Ärzte für Menschenrechte“, erklärte seinerseits, dass das Forschungsteam der Organisation vor allem über die systematische und verstörende Art der Angriffe der israelischen Armee auf den Gesundheitssektor entsetzt war.

„[...] Seit Oktober 2023 wurden in Gaza 300 medizinische Fachkräfte getötet und mehr als 1.500 inhaftiert. Die ersten Befehle zur Räumung der Krankenhäuser wurden zu Beginn des Krieges im Oktober 2023 erteilt. Das war der Start einer langen Reihe von Katastrophen, Woche für Woche, mit Angriffen auf Einrichtungen sowie der Zerstörung von Ausrüstung, bis das Gesundheitssystem zusammenbrach.“

Von Le Monde zu Israels Behauptungen befragt, dass diese Angriffe auf Hamas-Stellungen in Krankenhäusern abgezielt hätten, antwortete Guy Salev:

„Warum dann das ganze Gesundheitssystem zerstören und das Leben der Bevölkerung gefährden? In 21 Monaten gab es in Gaza 57.000 Tote, davon 70 % Frauen und Kinder. Fast 100.000 Menschen wurden verletzt und fast 5.000 verstümmelt, ein Fünftel davon Kinder. 25.000 Palästinenser warten verzweifelt darauf, Gaza verlassen zu können, um

sich medizinisch versorgen zu lassen. Über 600 Patienten sind gestorben, während sie auf diese Genehmigung gewartet haben. Ganz zu schweigen von der Hungersnot, die durch die mehrmonatige teilweise oder vollständige Blockade humanitärer Hilfe entstanden ist. Ein System, das 400 Verteilungsstellen verwaltete, wurde zerstört und durch eine Farce ersetzt, die Humanitäre Stiftung von Gaza, die nur ein paar Verteilungszentren eröffnet hat, wo hungernde Menschen erschossen werden.“

Über die beiden Organisationen:

Seit ihrer Gründung im Jahr 1989 sammelt, recherchiert und veröffentlicht die Organisation **B'Tselem** Statistiken, Zeugenaussagen, Videos, Stellungnahmen und Berichte über Menschenrechtsverletzungen durch Israel in den besetzten Gebieten. Unter dem Link „Teile und herrsche“ dokumentiert sie die historische Expansionspolitik des Staates Israel gegenüber Palästina.

Die medizinische Organisation **Ärzte für Menschenrechte** ist seit 1988 im Einsatz, um Gesundheitsdienste für die Menschen in den besetzten Gebieten und die Einwohner Israels anzubieten und den Zugang zur Gesundheitsversorgung für beide Seiten sicherzustellen. Gleichzeitig dokumentiert sie jeden Tag, wie der öffentliche Charakter der Gesundheitsversorgung in Israel und Palästina immer mehr zusammenbricht.

Griechenland: Über hundert Städte fordern ein freies Palästina

Am Sonntag, den 10. August, organisierten BDS Greece, March to Gaza und die Palästinensische Gemeinschaft in Griechenland einen landesweiten Aktionstag – auch auf Inseln und in beliebten Touristenzielen. Ausgangspunkt war die Überzeugung, dass:

> Der Tourismus darf nicht dazu dienen, Kriegsverbrechen zu verschleiern.

> Im Namen des „Tourismusprodukts“ keine grundlegenden Rechte wie die verfassungsrechtlich garantierte Mei-

nungsfreiheit außer Kraft gesetzt werden dürfen.

> Solidarität nicht kriminalisiert werden darf.

> Jede Zusammenarbeit mit dem „terroristischen Staat“ Israel eine Form der Mittäterschaft ist.

Zahlreiche Organisationen, politische Bewegungen, Parteien sowie viele engagierte Bürgerinnen und Bürger folgten dem Aufruf. Trotz Hochsaison erlebte das Land einen Tag der Mobilisierung und Solidarität – mit mehr Versammlungen und Kundgebungen, als auf den offiziellen Karten überhaupt vermerkt waren.

Quelle: Pressenza, 12.8.2025

Bundesweiter Friedensratschlag in Kassel am 8. und 9.11.2025

Anmeldung und nähere Infos: www.friedensratschlag.de

Eröffnungsplenum Samstag ab 12:15

Ingar Solty: Wirtschaftlicher Niedergang und Kriegs-Keynesianismus

Michael von der Schulenburg: Welchen Frieden wollen wir in Europa haben und was bedeutet das für die EU?

Helga Baumgarten: Völkermord und deutsche „Staatsräson“

N.N.: Gewerkschaftliche Debatten zu Aufrüstung und Sozialabbau

Workshop-Blöcke Samstag

Ingar Solty und Michael von der Schulenburg: Globale Umbrüche und Wirkungen auf Deutschland

Joachim Guilliard und Wiebke Diehl: Wirtschaftssanktionen und internationale Solidarität

George Rashmawi und Helga Baumgarten: Völkermord in Palästina

N.N.: Gewerkschaften, soziale Probleme und Aufrüstung

Jörg Tiedjen und Valentin Zill: (West-)Afrika - Neokolonialismus am Ende?

Rodolfo Bohnenberger u. Kathrin Otte: Ostseeraum: Massive Aufrüstung oder Kooperation?

Lühr Henken : Deutsche Hochrüstung und US-Raketenstationierung

N.N.: Kein Frieden mit der Umwelt?

Karin Leukefeld: Permanente Kriege in Westasien?

Ralf Krämer: Hochrüstung, Finanzprobleme und Sozialabbau

Vortrag im Plenum Sonntag 9:00

Hauke Ritz: Warum der Weltfrieden von Deutschland abhängt

Workshop-Block Sonntag mit Schwerpunkt auf Vernetzung von Initiativen

Diskussion mit **Hauke Ritz**

Propaganda und Gegenpropaganda – was wirkt? - mit **Sabine Schiffer**

Wie könne wir die Eigendynamik jugendlicher Aktivitäten gezielt unterstützen? - mit **Andrea Hornung**

Wie entwickeln wir gewerkschaftliche Initiativen von unten gegen Anpassungsdruck von oben? - mit **Anne Rieger**

Wo steht die christliche Friedensbewegung – auch international? mit **Gerald König, Ulrich Duchrow** und **Wiltrud Rösch-Metzler**

Zusätzlich sind Diskussionsrunden im Plenum am Samstag um 18:30 Uhr und am Sonntag um 12 Uhr vorgesehen.

Nie wieder kriegstüchtig! - Stehen wir auf für Frieden!

*Aufruf zu bundesweiten Demonstrationen
in Berlin und Stuttgart am 3.10.2025 (Auszug)*

Wir sagen Nein zu allen Kriegen und lehnen die gefährliche Hochrüstung ab. Die Umsetzung des Fünf-Prozent-Ziels würde bedeuten, dass fast jeder zweite Euro aus dem Bundeshaushalt in Militär und kriegsrelevante Infrastruktur fließt. **Die Hochrüstung führt zu massiver Verschuldung, drastischem Sozialabbau und der Militarisierung der Gesellschaft.**

Dies geht insbesondere auf Kosten der Kinder und Jugendlichen, der Alten und Kranken sowie der arbeitenden Menschen. Die Hochrüstung blockiert zudem den Kampf gegen die Klimakatastrophe, Umweltkrisen und weltweite Armut.

Die Politik der Konfrontation setzt unsere Sicherheit aufs Spiel, statt sie zu gewährleisten. Waffenexporte und Eskalationspolitik verschärfen Kriege und Krisen und verlängern sie. Nicht die Kriegstüchtigkeit Deutschlands ist unser Ziel, sondern seine Dialogfähigkeit und seine Bereitschaft zur Abrüstung.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- > Stopp des Hochrüstungskurses. Stattdessen Abrüstung für Soziales, Klima und Entwicklung.
- > Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland. Entschlossenen Einsatz für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen.
- > Nein zur Wehrpflicht.
- > Stopp der Militarisierung der Gesellschaft. Keine Unterordnung von Gesundheitswesen, Bildung und Wissenschaft unter Kriegstüchtigkeit.
- > Asyl für Menschen, die sich dem Krieg verweigern und von Krieg bedroht sind.

> Diplomatisches Engagement für ein schnelles Ende der Kriege in Europa und im Nahen und Mittleren Osten.

> Die Bundesregierung darf sich nicht weiter mitschuldig machen an einer von immer mehr Staaten und Organisationen als Völkermord klassifizierten Kriegsführung im Gazastreifen. Sie muss alles tun, damit der Krieg, die Vertreibung der Palästinenserinnen und Palästinenser und der Einsatz von Hunger als Waffe umgehend beendet werden.

> Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag.



Der Vorbereitungskreis „**Nie wieder kriegstüchtig! Stehen wir auf für Frieden!**“ ist entstanden aus der Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder!“ und einem Aktionsbündnis innerhalb der Friedensbewegung, dem u.a. DFG-VK, IPPNW, Netzwerk Friedenskooperative, Ohne Rüstung Leben und pax christi beteiligt sind.

Als breites Bündnis aus Friedensinitiativen und -organisationen rufen wir zu zwei großen Friedensdemonstrationen am 3. Oktober 2025 in Berlin und Stuttgart auf.

Unterstützt jetzt die Demonstrationen und geht mit uns am 3. Oktober 2025 in Berlin und Stuttgart auf die Straße!

Homepage des Bündnisses: www.friedensdemo0310.org

Homepage für Stuttgart:

www.friedensvernetzung-suedwest.de

Anhang: Quellenangaben und weitere Infos

(nicht Bestandteil der Druckausgabe)

Trump trifft Putin

Seite 3 und 4

Erstveröffentlichungen:

<https://www.telepolis.de/features/Trump-trifft-Putin-Europas-Kriegstreiber-aussen-vor-10539064.html>

<https://www.emma.de/artikel/noch-hat-die-ukraine-eine-zukunft-341975>

Bilder:

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Trump,_Putin_Alaska_Arrival_\(9260679\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Trump,_Putin_Alaska_Arrival_(9260679).jpg)

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Trump,_Putin_Alaska_Arrival_\(9260677\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Trump,_Putin_Alaska_Arrival_(9260677).jpg)

1,7 Millionen Kriegstote in der Ukraine?

Seite 4

<https://rtnewsde.pro/international/253887-ukraine-hat-ueber-17-millionen-verloren-geleakte-dokumente/>

Achtung: Wegen vorhandener Internetsperren ist diese Adresse je nach Standort und Internet-Provider nicht erreichbar.

Weitere Quellen:

<https://voennoedelo.com/en/posts/id75-journalist-ukrainian-war-death-toll-nears-2-million>

<https://tkp.at/2025/08/22/riesige-verluste-der-ukraine-plausibel-ganze-doerfer-ohne-maenner/>

<https://simplicius76.substack.com/p/sitrep-82225-peace-talks-unravel>

<https://militarywatchmagazine.com/article/ukraine-conscripts-wsj-meatgrinders>

Was in Alaska wirklich passiert ist

Seite 5 und 6

<https://thecradle.co/articles-id/32594>

Eine weitere Übersetzung des Beitrages findet sich auch unter: <https://seniora.org/politik-wirtschaft/politik/was-wirklich-in-alaska-passiert-ist>

Ausgaben für Militär weltweit

Seite 6

entnommen aus Artikelbeitrag:

<https://isw-muenchen.de/online-publikationen/texte-artikel/5365-kriegskasse-und-ruestungsbudget>

Buchbesprechung: Ulrike Guerot

Seite 7

siehe dazu auch Verlagsinfo:

<https://westendverlag.de/ZeitenWenden/2220>

Europas Wahnsinn mit Ansage

Seite 8 und 9

Quelle:

<https://overton-magazin.de/hintergrund/politik/nato-aufruetzung-destabilisiert-europa/>

Auszug aus: 21 Thesen

Seite 9

<https://overton-magazin.de/hintergrund/politik/der-aufstieg-einer-neuen-weltordnung/>

Massenmord per Sanktionspolitik

Seite 10 und 11:

Quelle:

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/10076> (Bezahlschranke)

Fußnoten:

[1], [2] Francisco Rodríguez, Silvio Rendón, Mark Weisbrot: Effects of international sanctions on age-specific mortality: a cross-national panel data analysis. In: The Lancet Global Health, Volume 13, Issue 8, August 2025. S. 1358-1366.

[3] Joachim Guilliard: Humanitäre Hilferufe. Untersuchungsberichte von UN- und anderen Hilfsorganisationen über die Auswirkungen des Embargos. In: Rüdiger Göbel, Joachim Guilliard, Michael Schiffmann: Der Irak. Ein belagertes Land. Köln 2001. S. 190-196. S. auch [Die Kulturzerstörer](#).

[4] Zitiert nach: Ramsey Clark: Feuer und Eis. Die Zerstörung des Irak durch Krieg und Sanktionen. In: Rüdiger Göbel, Joachim Guilliard, Michael Schiffmann: Der Irak. Ein belagertes Land. Köln 2001. S. 32-66.

[5] Mohammad Kanfash: Sanctions and Food Insecurity in Syria. sites.tufts.edu 06.07.2022. S. auch [Sanktionen gegen Nothilfe](#).

[6] Hunger soars to 12-year high in Syria, WFP chief calls for urgent action. wfp.org 27.01.2023.

[7] Jürgen Stryjak: Armut und Not machen Syrer mutig. tagesschau.de 15.06.2020.

[8] S. dazu [Befehlskette bis nach Damaskus](#).

[9] Conrad Schetter: „Die humanitäre Lage in Afghanistan ist eine Katastrophe“. bpb.de 27.02.2023.

Quelle der Daten in Grafik:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1276366/umfrage/laender-mit-der-hoechsten-praevalenz-von-akutem-hunger/>

UN-Mitgliedsstaaten: 100-mal mehr Militärausgaben

Seite 11

<https://www.pressenza.com/de/2025/08/verurteilen-sie-alle-un-mitgliedstaaten-sie-geben-100-mal-mehr-fuer-militarismus-aus-als-fuer-das-gesamte-un-system/>

Orwell in Israel

Seite 14 und 15

Quelle:

<https://overton-magazin.de/top-story/orwell-in-israel/>

Schon gehört: Deutschland hilft Gaza

Seite 16 und 17

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=136965>

Journalisten-Morde in Gaza

Seite 17

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=137301>

Israelische Menschenrechtsorganisationen zum Völkermord in Gaza

Seite 19:

Quelle: <https://www.pressenza.com/de/2025/08/zwei-grosse-israelische-menschenrechtsorganisationen-dokumentieren-den-voelkermord-in-gaza/>